



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

214. Sitzung, Montag, 4. April 2011, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen *Seite 14174*
- Zuweisung von neuen Vorlagen *Seite 14174*
- Dokumentation im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage*..... *Seite 14174*
- Gesamterneuerungswahlen 2011 *Seite 14174*
- Begrüssung einer Schaffhauser Delegation auf der Tribüne *Seite 14209*

2. Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2010

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 21. Februar 2011 und Antrag der AWU vom 23. März 2011

KR-Nr. [49a/2011](#) *Seite 14176*

3. Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2009/2010

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 17. Januar 2011 und Antrag der AWU vom 16. März 2011

KR-Nr. [51a/2011](#) *Seite 14202*

4. Bewilligung eines Objektkredites für den Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich

Antrag des Regierungsrates vom 24. November 2010
und geänderter Antrag der KPB vom 8. März 2011

4745a..... Seite 14222

Verschiedenes

- Begrüssung von Christine Küderli als neue Weibelin des Kantonsrates..... Seite 14240

Geschäftsordnung

Ratspräsident Gerhard Fischer: Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Ich präzisiere: Wir haben an der letzten Sitzung beschlossen, das Traktandum 19 zusammen mit den übrigen Energie-Vorstössen ab Traktandum 9 bis 12 zu behandeln. Da werden wir Traktandum 19 mit anhängen. Wenn keine weiteren Wortmeldungen sind, fahren wir fort wie vorgesehen.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsident Gerhard Fischer: Der Regierungsrat hat uns die Antwort auf eine Anfrage zugestellt:

- KR-Nr. **21/2011**, Erfassen von Suiziden in der Kriminalstatistik des Kantons Zürich
Barbara Angelsberger (FDP, Urdorf)

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

- **Standesinitiative für die Schaffung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer**
Parlamentarische Initiative von Ralf Margreiter, KR-Nr. **351/2010**

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur:

– **Abschaffung der Schulprogramme**

Parlamentarische Initiative von Matthias Hauser, KR-Nr. [380/2010](#)

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

– **Sanierung von Flur-, Fuss- und Wanderwegen**

Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat zum Postulat KR-Nr. [310/2006](#), Vorlage [4780](#)

– **Gesetzliche Grundlagen für Public Private Partnership Projekte (PPP-Projekte)**

Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat zum Postulat KR-Nr. [371/2008](#), Vorlage [4781](#)

– **Bewilligung eines Objektkredites für den Autobahnzubringer A4 in Obfelden/Ottenbach**

Vorlage [4782](#)

Dokumentation im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegen zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 211. Sitzung vom 21. März 2011, 8.15 Uhr
- Protokoll der 213. Sitzung vom 28. März 2011, 14.30 Uhr

Gesamterneuerungswahlen 2011

Ratspräsident Gerhard Fischer: Gestern hat der Zürcher Souverän über die künftige Zusammensetzung unseres Kantonsparlaments und unserer Kantonsregierung befunden. Eine lange und oftmals entbehrensreiche Wahlkampfzeit hat damit ihren direktdemokratischen Abschluss gefunden.

Meine herzlichen Glückwünsche gehen an jene 132 Ratskolleginnen und Ratskollegen, welche am gestrigen Tag im Amt bestätigt worden sind und sich über ihren schönen individuellen Wahlerfolg freuen dürfen. Für 25 Persönlichkeiten aus unseren Reihen verbindet sich mit diesem Sonntag hingegen eine grosse persönliche Enttäuschung. Diesen sechs Kolleginnen und 19 Kollegen gelten gestern wie heute meine besonderen Gedanken. Ich wünsche Ihnen von Herzen die nötige Kraft, das Unabänderliche zu akzeptieren, und wünsche Ihnen vor allem Kraft, mit Zuversicht weiterzugehen.

Erlauben Sie mir schliesslich noch ein Wort zu den Wahlen in unsere kantonale Exekutive. Ich gratuliere den fünf wiedergewählten Regierungsmitgliedern und den beiden neu ins Kollegium einziehenden künftigen Magistraten. Mein Mitgefühl gilt unserem amtierenden Regierungspräsidenten Hans Hollenstein, welcher am gestrigen Sonntag wohl nicht zuletzt die Folgewirkungen von mehr oder weniger verlässlichen Meinungsumfragen erfahren musste.

2. Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2010

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 21. Februar 2011 und Antrag der AWU vom 23. März 2011

KR-Nr. [49a/2011](#)

Ratspräsident Gerhard Fischer: Zu diesem Geschäft begrüsse ich den Präsidenten des Bankrates, Doktor Urs Oberholzer.

Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Wir führen zu Beginn eine Grundsatzdiskussion über den Kommissionsantrag [49a/2011](#) und die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank (ZKB). Dann gehen wir den Kommissionsantrag in einer Detailberatung kapitelweise durch. Anschliessend ist das Wort frei für die einzelnen Kapitel des Geschäftsberichts der ZKB. Am Schluss stimmen wir über das Geschäft [49a/2011](#) ab. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Heidi Bucher (Grüne, Zürich), Präsidentin der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): War die Zürcher Kantonalbank ZKB im Jahr 2010 aus finanzieller, sozialer und ökologischer Sicht eine erfolgreiche Bank? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen. Sie stützte sich dabei auf Auskünfte der Verantwortlichen der Bank, Visitationen, den Geschäftsbericht und die Rechnung 2010, den Revisionsbericht von Ernst & Young und die Einschätzung von Rating-Agenturen.

Unsere Kantonalbank ist dank kompetenter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, des ZKB-Gesetzes und einer Organisationsform, welche die Bank verpflichtet, den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kantons

nachhaltige Finanzdienstleistungen anzubieten, gut positioniert. Ihr Gewinn ist angemessen und wurde auf nachhaltige und anständige Art und Weise erwirtschaftet. Diese Einschätzung ist in unserem Bericht ausführlich begründet. Darin wurden folgende Bereiche beleuchtet:

Geschäftsverlauf: Das Jahr 2010 war für die ZKB ein erfolgreiches Jahr. Der Konzerngewinn ist zwar 3 Prozent niedriger als 2009, aber mit 729 Millionen Franken immer noch hoch. Das Zinsgeschäft ist weiterhin die grösste Erfolgskomponente. Der Kommissions- und Dienstleistungsertrag hat sich gemäss dem Trend der letzten Jahre weiter gesteigert. Die Kundenvermögen sind um 14,9 Milliarden Franken beziehungsweise 9,9 Prozent gewachsen. Das Ergebnis des breit abgestützten Handelsgeschäfts ist niedriger ausgefallen als im Vorjahr. Kann im Mehrjahresvergleich aber als gutes Ergebnis bezeichnet werden. Das Risiko-Ertrags-Verhältnis hat sich verbessert.

Der Geschäftsaufwand konnte 2010 um 4 Prozent gesenkt werden. Er setzt sich zusammen aus dem Personalaufwand, der wegen tieferer ergebnisabhängiger Salärkomponenten zurückgegangen ist, und dem Sachaufwand, der sich ebenfalls reduziert hat. Die Eigenkapital-Ratio der ZKB ist im Jahr 2010 14,1 Prozent und damit gleich hoch wie 2009. Die gesetzlichen Vorgaben sind damit mehr als erfüllt.

Die Gewinnausschüttung wurde vom Bankrat in der Höhe des Vorjahres belassen. Mit 49 Millionen Franken werden die Selbstkosten für das vom Kanton Zürich zur Verfügung gestellte Dotationskapital abgegolten. 220 Millionen Franken erhält der Kanton, 110 Millionen Franken erhalten die Gemeinden. Wir danken der ZKB für das viele Geld.

Private Banking und Privatinvest AG: Das Private Banking wurde in den letzten Jahren von der ZKB als strategische Geschäftseinheit laufend ausgebaut und arbeitet heute sehr erfolgreich. 2010 konnten in diesem Segment wesentliche Neugelder dazugewonnen werden. Laut Paragraf 8 des Gesetzes über die Zürcher Kantonalbank sind für die ZKB Geschäfte in der übrigen Schweiz und im Ausland zulässig, sofern daraus keine unverhältnismässigen Risiken erwachsen und dadurch die Befriedigung der Geld- und Kreditbedürfnisse im Kanton nicht beeinträchtigt wird.

Die Mitglieder der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen begleiteten den Kauf der österreichischen Privatinvest AG deshalb sehr kritisch. Es stellen sich die Fragen, ob es Aufgabe einer Kantonalbank sei, Geschäfte im Ausland zu tätigen, ob sich Ri-

siken für den Kanton Zürich aufgrund der Staatsgarantie ergäben und ob die Anschaffung der Salzburger Bank kompatibel mit dem ZKB-Gesetz sei. Die Mitglieder der AWU sind der Meinung, dass das ZKB-Gesetz eingehalten wird, schätzen jedoch die Richtigkeit der Auslandstrategie der Bank und das Risiko für den Kanton Zürich unterschiedlich ein.

Die ZKB hat die Privatinvest AG PIAG in Salzburg per 1. Februar 2010 übernommen und sie erscheint nun erstmals als voll konsolidiert in der Konzernbilanz der ZKB. Die dem Kauf vorausgegangenen Entwicklungen in der OECD und die Verschärfungen beim fiskalischen Bankgeheimnis haben dazu geführt, dass die ZKB nur noch mit steuertransparenten Vermögen und mit den Länder-Set-ups, also dem korrekten Verhalten nach den Regeln der entsprechenden Länder, arbeiten wollte. Mit dem Kauf der PIAG erhielt die ZKB die für das Private Banking in Österreich notwendige Bankenlizenz und damit einen einfacheren Zugang zu anderen EU-Ländern.

Im Mittelpunkt der vertieften Diskussionen mit den Verantwortlichen der Bank im Geschäftsjahr 2010 stand das Strafverfahren, welches im Juni 2010 von der Staatsanwaltschaft Wien und weiteren Behörden nach einer Durchsuchung der Geschäftsräume der PIAG in Salzburg und Wien gegen die PIAG-Mitarbeitenden, gegen die PIAG selbst und gegen Unbekannt eingeleitet wurde. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die ZKB erst nach der Übernahme der PIAG vertiefte Einsicht in die Kundendossiers nehmen konnte. Die Katze musste im Sack gekauft werden. Die ZKB hat sich nach ausführlicher Prüfung der Dossiers in Wien und Salzburg von Kunden und Kundinnen getrennt, weil sie entweder nicht mehr in die Strategie passten oder weil ein Verdacht auf Geldwäscherei bestand. Auch bei der Führung und der Belegschaft gab es Veränderungen. Alle Strafverfahren gegen die PIAG und deren Mitarbeitende wurden Ende letzten Jahres von der österreichischen Staatsanwaltschaft eingestellt.

Der Bankrat der ZKB hat im Herbst 2010 beschlossen, die Eigenmittel der PIAG um 5 Millionen Euro im Jahr und um 13 Millionen Euro im Jahr 2011 aufzustocken, um die weitere Entwicklung finanzieren zu können. Die Eigenmittelausstattung der PIAG beträgt heute 10 Millionen Euro. Erforderlich wären 3,9 Millionen Euro. Zum Vergleich dazu verfügt die ZKB über Eigenmittel in der Höhe von 7,7 Milliarden Franken, wovon 4 Milliarden regulatorisch erforderlich sind. Der Vergleich dieser Zahlen zeigt, dass die Geschäftstätigkeit der ZKB-Tochter PIAG kaum zu einer Beanspruchung der Staatsgarantie und

zu einer finanziellen Gefährdung der ZKB führen wird. Der allfällige Reputationsschaden der ZKB durch die Vorkommnisse bei der PIAG kann aber nicht beziffert werden.

Leistungsauftrag 2010: Er ist erfüllt und seine Grundsätze durchdringen die Gesamtbank. Mitarbeitende: Die ZKB ist wieder mit der Auszeichnung «Top-Arbeitgeber der Schweiz» ausgezeichnet worden. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen kann sich der positiven Einschätzung anschliessen, mit einer Ausnahme: Auch die ZKB kann in ihrem Unternehmen eine Trendwende bei der Gleichstellung nicht ausweisen. Es scheint, die zögerliche Förderung bedarf stärkerer Einflüsse als des guten Willens.

Vergütungsbericht, Vergütungen, Langzeitanwartschaft und Boni: Der Vergütungsbericht ist erstmals im Bericht über das Geschäftsjahr 2010 und den Leistungsauftrag enthalten. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen hat sich das Vergütungsmodell, insbesondere die Langzeitanwartschaft, vorstellen lassen. Die relevanten Änderungen des neuen Vergütungsmodells, eingeführt auf 1. Januar 2010, betreffen die Generaldirektion und das höhere Management sowie ausgewählte Risikoträger im Bereich Handel und Kapitalmarkt, total etwas über 100 Personen. Aus der variablen Vergütung wurde neu eine langfristige, am nachhaltigen Unternehmenserfolg orientierte Vergütungskomponente eingeführt. Der Anteil der Langzeitanwartschaft am ganzen Bonus beträgt je nach Risikoprofil und Funktion maximal 25 Prozent. Die Aufschiebung eines Teils der variablen Vergütung erfolgt über eine Zwei- bis Dreijahresperiode. Der ökonomische Gewinn der ZKB bildet die Grundlage für die positive und negative Entwicklung der aufgeschobenen Langzeitanwartschaften. Die zu erreichenden Ziele werden für jede Langzeitanwartschaftsserie im Voraus festgelegt. Die Zielerreichung wird an der Höhe des ökonomischen Gewinns und der Einhaltung des ZKB-internen Werterahmens wie Reputation, Einhaltung des Leistungsauftrags, Markenindex und weiterem gemessen.

Für die ausgewählten Risikoträger im Bereich Handel und Kapitalmarkt wird die Anwartschaft zusätzlich dem Risiko ausgesetzt, was heisst, dass bei fahrlässigen finanziellen Verlusten und grober Schädigung der Reputation der Bank ein Malus verfügt werden kann. Bei der ZKB liegt der Bonusanteil langfristig gesehen bei etwa 16 Prozent des Gewinns, was im Vergleich zu anderen Finanzinstituten moderat ist.

Abschliessende Bemerkungen: Die Zusammenarbeit der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen mit allen Bankorganen der ZKB ist von Offenheit geprägt. Unsere Fragen wurden von den Verantwortlichen umfassend beantwortet. Die ZKB hat 2010 sehr gut gearbeitet und kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Die Ertragslage ist solid und die Eigenkapitalbasis sehr gut. Der Kanton kann sich freuen über den guten Zustand der ZKB.

Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen gratuliert der ZKB zum Erfolg im Geschäftsjahr 2010 und bedankt sich bei allen Mitarbeitenden für ihren Einsatz. Ich danke im Besonderen und herzlich Urs Oberholzer, der heute das letzte Mal als Bankpräsident bei uns im Rathaus sein wird. Seine offene und kompetente Kommunikation, seine Hochachtung vor dem Parlament und seinen Aufgaben, seine Rollenklarheit und seine Konsequenz bezüglich des Leistungsauftrags der ZKB werden allen, die mit ihm zusammenarbeiten durften, unvergesslich bleiben. Danke.

Antrag: Die AWU hat die Rechnung und den Geschäftsbericht 2010 der Zürcher Kantonalbank zur Kenntnis genommen. Der Leistungsauftrag wird erfüllt und das Entschädigungsreglement der Mitglieder des Bankrates der ZKB ist eingehalten. Deshalb wird dem Kantonsrat beantragt, Rechnung und Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2010 zu genehmigen, von der Gewinnverwendung gemäss gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen Kenntnis zu nehmen und die Bankorgane zu entlasten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Walter Müller (SVP, Pfungen): Heidi Bucher hat das Ergebnis und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank umfassend und gebührend gewürdigt. Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, die Rechnung und den Geschäftsbericht der ZKB abzunehmen. Ich werde nun kurz auf einige Punkte des Geschäftsberichts eintreten.

Die Zürcher Kantonalbank hat vermutlich als erste Grossbank die Zeichen der Zeit erkannt und der Entschädigung des Kaders grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Sie hat den Unmut der Bevölkerung über die überrissenen Boni ernst genommen und entsprechend gehandelt. Die ZKB stand zwar nie im Verdacht, überhöhte Boni und Saläre ausbezahlt zu haben. Auch in den früheren Jahren wurden diese massiv überhöhten Zahlungen nicht vorgenommen. Unsere Kommission wurde informiert, dass die Kaderlöhne eher im unteren Bereich der Bran-

che liegen. Es war uns aber auch klar, dass gute Leute und gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessen entschädigt werden müssen. Mit dem neuen Vergütungsmodell hat nun aber die ZKB rechtzeitig gehandelt und die Vorgaben der FINMA (*Eidgenössische Finanzmarktaufsicht*) vollumfänglich erfüllt. Mit dem Rückbehalt eines Teils der Boni, der sogenannten Langzeitanwartschaft, hat sie die Voraussetzung geschaffen, dass sich ein kurzfristiges Renditedenken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht lohnt.

Auch mit der Einführung des Risikomanagements hat die ZKB ein weiteres Kontrollinstrument geschaffen, damit die entsprechenden Personen keine überhöhten Risiken eingehen können, nur um den Gewinn zu steigern. Wir von der Kommission haben uns dieses neue Vergütungsmodell mit Langzeitanwartschaft angeschaut. Erste Erfahrungen haben gezeigt, dass die betroffenen Kadermitglieder dieses Modell positiv aufgenommen haben. Die neuen Mitglieder der AWU werden dieses Thema in der nächsten Legislaturperiode weiter verfolgen und das System auf die Tauglichkeit überprüfen müssen.

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Am 27. Juni 2011 werden der Bankrat und das Bankpräsidium gewählt. Meine Empfehlung an die wiedergewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräte: Wählen Sie keine Personen in den Bankrat und schon gar nicht ins Präsidium, die die Überwindung des Kapitalismus in ihr Parteiprogramm festgemeisselt haben (*Heiterkeit auf der linken Ratsseite*). Wählen Sie keine Personen in den Bankrat und schon gar nicht ins Präsidium, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die Eignerstrategie infrage stellen und die ZKB in eine Aktiengesellschaft umwandeln wollen. Wählen Sie keine Personen in den Bankrat und schon gar nicht ins Präsidium, die gemäss Empfehlung der FINMA die Oberaufsicht der ZKB der Regierung übertragen wollen und so dem Kantonsrat dieses Kontrollinstrument entziehen wollen. Die ZKB ist ein Juwel, die ZKB gehört dem Zürcher Volk – und so soll es auch bleiben. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Benedikt Gschwind (SP, Zürich): Wir sind zufrieden mit dem Geschäftsjahr 2010 und mit der Erfüllung des Leistungsauftrags. Wir würdigen, dass die ZKB erstmals einen Vergütungsbericht veröffentlicht hat, haben dazu aber auch einige kritische Anmerkungen. Dazu haben wir auch noch eine Anmerkung zu den Gewinnerwartungen der

Politik zu machen. So viel in Kürze die Stellungnahme der SP-Fraktion:

Die Kommissionspräsidentin hat das Geschäftsjahr bereits im Wesentlichen kommentiert. Alles in allem war die ZKB aus unserer Sicht auch 2010 gut unterwegs. Ein besonderes Augenmerk haben wir auf das Hypothekengeschäft gelegt, wo wir die ZKB unterstützen, wenn sie ihre Vergabep Praxis nicht lockert. Der Wohn- und Liegenschaftsmarkt muss nicht auch noch von den Banken zusätzlich angeheizt werden. Die Bonität der Schuldner soll weiterhin streng geprüft werden. Damit vermeiden wir eine Immobilienblase, deren Folgen wir am Beispiel der USA vor einigen Jahren ja eindrücklich vorgeführt bekamen.

Ein wichtiges Thema bei den Banken sind immer die Eigenmittel. Die Grossbanken, namentlich die UBS, versuchen ja zurzeit auf eidgenössischer Ebene weniger strenge Auflagen zu erwirken. Es ist schon erstaunlich, was für ein kurzes Gedächtnis die Verantwortlichen dieser Grossbank haben. Vor wenigen Jahren brauchte es noch staatliche Unterstützung, damit die UBS eine existenzielle Krise abwenden konnte, und schon verlangt sie vom gleichen Staat, dass er ihr nicht so hohe Auflagen macht, um auf eigenen Füßen stehen zu können. Wir begrüssen es deshalb, dass der Bankrat der ZKB einer guten Ausstattung mit Eigenmitteln den Vorrang vor möglichst hoher Eigenkapitalrendite gibt. Der Bankrat hat dies im Berichtsjahr mit der Anpassung des entsprechenden Zielbandes gemacht. Natürlich steht die ZKB nicht unter einem vergleichbaren Druck von Aktionären wie die börsenkotierten Banken, doch darf sie sich auch nicht aus falsch verstandenem Prestigedenken an einem fatalen Wettbewerb beteiligen.

Wenn wir schon bei den Gewinnerwartungen sind: Wir haben Verständnis, dass der Kanton und auch die Gemeinden in etwa wissen wollen, wie die Gewinnausschüttung aussehen wird. Wir legen aber Wert auf die Feststellung, dass das Primat für die Festlegung der Ausschüttung beim Bankrat und bei keinem anderen Organ ist als beim Bankrat der ZKB – und nicht etwa beim Regierungsrat. Wir haben deshalb kein Verständnis, wenn bei Finanzprognosen immer wieder auch Gewinnerwartungen der ZKB seitens der Regierung angepasst werden.

Auch in der SP-Fraktion gab natürlich die Übernahme der Privatinvest Bank in Salzburg zu reden. Die Gründe für dieses Engagement sind ja im Bericht der AWU nochmals ausführlich dargelegt. Für uns macht

geschäftspolitisch dieses Engagement durchaus Sinn, und es ist auch falsch, angesichts der Schwierigkeiten die finanziellen Verluste zu dramatisieren. Doch kommen wir schon zum Schluss, dass bei einer Bekanntgabe der Strafuntersuchungen über die Vergangenheit dieses Instituts die Reputationsrisiken von den Verantwortlichen unterstützt worden sind. Die Geschichten darüber im vergangenen Herbst in den Medien waren ärgerlich, doch stellen wir jetzt mit Genugtuung fest, dass der Bankrat mit der nötigen Konsequenz die ZKB-Leitlinien diesem Tochterunternehmen einverleiht.

Bei der Bewertung des Leistungsauftrags würdigt die SP-Fraktion zunächst einmal das grosse Engagement der ZKB bei ihren ökologischen Projekten, sei es, indem sie vorbildlich im eigenen Haus Anstrengungen unternimmt, wie mit der CO₂-Neutralität und Energieeffizienz in der Informatik, sowie gegenüber Kunden und Öffentlichkeit mit der Umweltaktion und dem Nachhaltigkeitspreis für KMU und den Umweltdarlehen für energieeffizientes Bauen und den Anlageprodukten. Auch mit den Vergabungen und Sponsoring-Beiträgen für Kultur, Gesundheit und Sport, wo ich mich persönlich als Mitglied einer Subkommission ein Bild machen konnte, erfüllt die ZKB einen wichtigen öffentlichen Auftrag. Und die Richtlinien, die dahinterstehen, machen für eine Bank, die dem Zürcher Volk gehört, auch Sinn. Aufmerksam verfolgen wir unter dem Stichwort «Versorgungsauftrag» auch die weitere Ausgestaltung des Filialnetzes im Kanton. Aus unserer Sicht soll nicht nur in der Werbung die ZKB die Bank in Ihrer Nähe bleiben.

Etwas kritischer beurteilen wir die Bank unter dem Stichwort «Innovative Arbeitgeberin», trotz einer von einer Stiftung verliehenen Auszeichnung zur «Top-Arbeitgeberin der Schweiz». Die ZKB ist sicher nach wie vor eine gute Arbeitgeberin, was ihre Leistungen an die Mitarbeitenden anbelangt. Doch in der Frage der Gleichstellung auf Karrierestufe, insbesondere im Direktionsrang oder gar auf Stufe Geschäftsleitung, warten wir noch immer auf eine adäquate Frauenvertretung. Ich weiss, dass die ZKB einiges unternimmt, dies zu ändern, und verschiedene Programme am Laufen sind. Doch verändert sich erst tatsächlich etwas, wenn bei der Personalstatistik im Geschäftsbericht höhere Frauenanteile ausgewiesen sind. Es braucht nach unserer Meinung hier vor allem auch die Bereitschaft für die Schaffung von Teilzeitstellen für beide Geschlechter, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

Positiv würdigen wir, dass das Thema der Vergütungen nun erstmals einen eigenständigen Bericht innerhalb des Geschäftsberichts bekommen hat und die Transparenz bedeutend verbessert wird. Den darin erläuterten Vergütungsgrundsätzen und der Vergütungspolitik des Bankrates können wir uns auch weitgehend anschliessen. Doch bei der Umsetzung gibt es schon einen Punkt, den wir lieber etwas anders gesehen hätten. Die Orientierung am nachhaltigen Mehrwert ist ja schön und gut und auch das dafür vorgesehene Instrument mit der Langzeitanwartschaft dafür geeignet, das heisst, wie wir es schon gehört haben, dass ein Teil des Bonus reinvestiert wird und erst bei nachhaltigem Erfolg innerhalb von drei Jahren ausbezahlt wird. Dieses Instrument, das auch andere Unternehmen kennen, hätten wir gerne für eine grössere Gruppe als bloss 100 Schlüsselpersonen gesehen, und die Maximierung des Anteils auf 25 Prozent ist unseres Erachtens zu gering, um hier wirklich einen Hebel zu haben, um Schlüsselpersonen völlig von der Fokussierung auf den kurzfristigen Erfolg abzubringen. Alles in allem sind wir, wie einleitend bemerkt, jedoch zufrieden mit den Leistungen der ZKB und der Aufsicht des Bankrates. Wir danken allen Mitarbeitenden für ihren grossen Einsatz und persönlich auch den scheidenden Mitgliedern des Bankratspräsidiums, Urs Oberholzer und Liselotte Illi, für die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir stimmen für die Anträge von Bankrat und AWU.

Barbara Angelsberger (FDP, Urdorf): Die FDP-Fraktion wird den Geschäftsbericht 2010 der ZKB einstimmig genehmigen, den Bankrat und das Präsidium mit Doktor Urs Oberholzer entlasten und ihren Dank der Geschäftsleitung mit CEO Martin Scholl aussprechen.

Wir gratulieren der Bank erneut zum guten Resultat von 729 Millionen Franken Konzerngewinn. Die Bank erwies sich im Jahr 2010 wieder solid aufgestellt trotz eines um 3 Prozent kleineren Konzerngewinns. Erfreulich ist, dass die ZKB einen hohen Netto-Neugeldzuwachs aufweist. Die Kundenvermögen sind gegenüber dem Vorjahr von 150,2 Milliarden auf 165,1 Milliarden Franken gestiegen. Die Zunahmen um diese 14,9 Milliarden Franken ist auf den Netto-Neugeldzufluss von 12 Milliarden, die Bewertung an den Börsen von 2 Milliarden und den erstmaligen Einbezug der PIAG im Umfang von 0,9 Milliarden Franken zurückzuführen.

Mit etwas kritischem Interesse verfolgen wir als Kommission auch die Auslandstrategie. Die zugekaufte Privatbank PIAG in Salzburg hat

aber offensichtlich ihre Probleme, die sie übernommen hat, gelöst und wird nun den Namen ZKB tragen. Dieser Zukauf gewährt der ZKB den Marktzugang in den EU-Raum, wobei bis auf Weiteres die Kernmärkte Österreich und Deutschland bearbeitet werden. Das Kapital wurde bei der PIAG zusätzlich um 5 Millionen Euro aufgestockt im Jahr 2010 und um weitere 13 Millionen im Jahr 2011. Man hat damit 18 Millionen Euro, welche für die weitere Entwicklung benötigt werden.

Das Private Banking entwickelt sich als grosser Ertragspfeiler. 430 Kundenberater sind es mittlerweile. Per Ende 2010 erhielt das Private Banking 39'000 Kundenbeziehungen und verwaltet ein Vermögen von rund 36 Milliarden Franken. Die Kundenberater und Fachexperten betreuen und beraten die Kunden in finanziellen Fragen ganzheitlich und sehr bedürfnisorientiert. Die so entstehende persönliche Bindung ist ein Erfolgsfaktor, und 60 Prozent dieser Kunden würden die Bank weiterempfehlen. Ich konnte zusammen mit Heidi Bucher mir bei einer Visitation selber ein Bild machen. Erfolgsrezept ist unter anderem auch die hohe Fort- und Weiterbildung der Kundenberater, auf welche die ZKB sehr grossen Wert legt. Die Bank ist mit 15 Standorten für das Private Banking bestens in der Region verankert. Die Bank möchte sich in Zukunft unter die fünf Topanbieter in diesem Segment positionieren. Auch international möchte die ZKB kontrolliert wachsen. Dabei wird der Markt als Offshore-Geschäft von Zürich aus betreut und der sogenannte Onshore-Markt im Ausland mittels PIAG bis jetzt für Deutschland und Österreich, immer mit der klaren Orientierung – so hoffen wir doch – an den gesetzlichen Rahmenbedingungen und den qualitativen Anforderungen einer Staatsbank.

Kommen wir noch zu den Hypotheken: Bei den privat genutzten Immobilien betrug das Ausleihvolumen im Jahr 2010 52,1 Milliarden Franken. Das entspricht einer Zunahme von 6,9 Prozent. Die Konditionen der Kreditvergabe haben sich trotz tiefer Zinsen nicht verändert. Der Anteil der Festhypotheken bewegt sich bei 80 Prozent. Es zeigt sich vermehrt ein Trend zu langfristigen Hypotheken ab. Mit Blick auf steigende Zinsen, die sicher kommen werden, ist die ZKB punkto Risiko so gut aufgestellt. Im Jahr 2009 betrug der Belehnungsgrad 64 Prozent, 2010 betrug er 69 Prozent.

Erstmals enthält der Geschäftsbericht einen Vergütungsbericht. Damit wird den rechtlichen, regulatorischen und statutarischen Bestimmungen Rechnung getragen. Die FDP begrüsst es im Zuge der Abzocker-Debatte, hier einen Bericht über Boni und Vergütungen zu haben, der

zeigt, dass es auch anders geht und man hier ein Modell entwickelt hat, welches mit der Langzeitanwartschaft auf einen nachhaltigen, langfristigen Unternehmenserfolg ausgerichtet ist. Die Höhe der ökonomischen Gewinne bilden die Grundlage dazu, plus die Einhaltung des ZKB-internen Werterahmens mit Werten wie Reputation, Einhaltung des Leistungsauftrags, Markenindex und weitere. Der Bonusanteil liegt langfristig gesehen bei ungefähr 16 Prozent des Gewinns; vernünftig für den Moment, könnte man aber in ein paar Jahren revidieren müssen.

Die Risikopolitik und die Einhaltung der Corporate-Governance-Richtlinien sind in der ZKB sehr gut verankert. Es wird innerhalb der Bank kontrolliert, dass die Verantwortung wahrgenommen wird und die Richtlinien gelebt werden. Der Risikomanagement-Ausschuss unterstützt den Bankrat bei der Überprüfung der Verfahren für die Identifikation, Beurteilung, Begrenzung, Steuerung und Überwachung von Markt-, Kredit-, Ausbau-, Abwicklungs-, Liquiditäts-, Länder- und Reputationsrisiken sowie operationellen Risiken. Eine gute Risikopolitik ist für die ZKB, welche genau weiss, was ein Reputationsrisiko bedeutet, zwingend. Die Prozesse dazu werden jedes Jahr überprüft und laufend verbessert.

Die Aufsichtskommission konnte sich in all ihren Sitzungen davon überzeugen, dass die Bank der Ausrichtung als Staatsbank Rechnung trägt mit der klaren Erfüllung des Leistungsauftrags und des Nachhaltigkeitsauftrags. Als Mitglied der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen ist mir sehr wohl klar, dass es nicht einfach ist, als Laie die Aufsichtspflicht über eine doch relativ grosse Bank wahrzunehmen. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst. Wir sind jedoch auf eine gute, ehrliche Informationspolitik und Auskunftspolitik der Bank gegenüber uns als Kommission angewiesen. Mit Urs Oberholzer wurde das gewährleistet.

Wir stellen fest, dass uns der Anspruch der ZKB, eine Grossbank mit allem Drum und Dran zu werden – vor allem nun auch im Ausland –, etwas Sorgen macht. Die Bank ist für eine staatliche Institution sehr gross geworden im Vergleich zu anderen Kantonalkassen und die kritische Frage sei erlaubt, ob das dem Willen von Kantonsrat und Zürcher Volk entspricht. Ich möchte dem Bankratspräsidenten, Herrn Doktor Urs Oberholzer, für die gute Zusammenarbeit ganz herzlich danken und ihm von Herzen für die Zukunft alles Gute wünschen. Er hat eine sehr gute, offene Kommunikation gegenüber der Kommission

gepflegt. Wir haben dieses Vertrauen und diese Anerkennung in den letzten vier Jahren sehr geschätzt.

Maria Rohweder (Grüne, Uetikon a. S.): Als Vertreterin der Grünen Fraktion werde ich nicht den ganzen Bericht kommentieren, sondern ein paar Schlaglichter auf ausgewählte Themen werfen, die uns Grünen besonders aufgefallen und wichtig sind.

Das vergangene Jahr hat die ZKB das Motto «Vernetzte Lebensräume» gewählt. Der ansprechend gestaltete Geschäftsbericht ist gespickt mit Statements und Illustrationen. Sie geben einen Einblick ins Netzwerk der ZKB und in die vernetzte Lebenswelt der Menschen und Firmen im Kanton Zürich: der Leistungsauftrag kann als ein wichtiger Knotenpunkt im Netzwerk der ZKB aufgefasst werden. Er setzt sich zusammen aus einem Versorgungsauftrag, einem Unterstützungsauftrag und einem Nachhaltigkeitsauftrag. Die ZKB will Vorreiterin im Bereich Nachhaltigkeit sein. Das wirtschaftliche Handeln der ZKB soll dauerhaft mit der Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt in Einklang gebracht werden. Die ZKB engagiert sich deshalb in verschiedensten Bereichen, zum Beispiel mit der Vergabe des ZKB-Nachhaltigkeitspreises für KMU.

Die Belohnung von Unternehmen und Unternehmenden, die sich im Bereich Nachhaltigkeit engagieren, setzt wertvolle Anreize im Wirtschaftsraum Zürich, was wir Grüne sehr begrüssen. Dem Nachhaltigkeitsauftrag wird im Weiteren nachgelebt durch Anstrengungen im Bereich nachhaltiges Bauen, durch die Vergabe von Umweltdarlehen, durch die Erweiterung der Finanzproduktlinie Nachhaltigkeit, der Zielerreichung der betrieblichen CO₂-Neutralität et cetera. Mit dem AAA-Nachhaltigkeits-Rating wurden schliesslich all diese Anstrengungen der ZKB belohnt. Wir Grünen wünschen trotz dieser schönen Auszeichnung, dass die ZKB ihren Nachhaltigkeitsauftrag im Bereich Energie noch ernster nimmt. Denn wir sind der Überzeugung, dass Atomkraftwerke wegen der hohen Umwelt- und Sozialrisiken auch aus wirtschaftlicher Sicht keine nachhaltige Lösung bieten können, und möchten deshalb, dass die ZKB Abstand nimmt von Kunden, welche mit AKW geschäften.

Zum Netzwerk der ZKB gehört neu eine Tochtergesellschaft in Österreich. Die Privatinvest AG in Salzburg hat mehrfach für Presseschlagzeilen gesorgt. Als Mitglied der AWU bin ich zu den kritischen Punkten umfassend informiert worden. Dennoch habe ich mir die Frage

gestellt, ob eine Parlamentsbank wie die ZKB, das heisst eine Bank, die dem Zürcher Volk gehört, es nötig hat, im Ausland geschäftstätig zu sein. Das Kantonalbankgesetz jedenfalls lässt es zu. Doch auch wenn die ZKB glaubwürdig aufgezeigt hat, dass sie bei der PIAG ihre eigenen hohen Sicherheits- und Qualitätsstandards implementiert, werden wir Grünen die Auslandstätigkeit der ZKB und ihre Wachstumsstrategie weiterhin mit kritischem Auge begleiten.

Mit fast 5000 Mitarbeitenden zählt die ZKB zu den bedeutendsten Arbeitgeberinnen im Wirtschaftsraum Zürich. Mit der Auszeichnung «Top-Arbeitgeber» hat die ZKB einmal mehr bewiesen, dass ihre wertorientierte Führung ein Schlüssel zum Erfolg ist. Die Mitarbeitenden haben als wichtiger Teil des ZKB-Netzwerkes viel zum guten Geschäftsergebnis beigetragen. Die Grünen begrüssen es, dass die ZKB das Thema Gleichstellung weiterhin ernst nimmt.

Die Grüne Fraktion gratuliert der ZKB zum erfolgreichen Geschäftsjahr. Im Namen der Fraktion danke ich dem Bankrat für die gute Zusammenarbeit und der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden der ZKB für die geleistete Arbeit. Wir werden sowohl Geschäftsbericht wie Rechnung genehmigen.

Andreas Federer (CVP, Thalwil): Die CVP stimmt dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der ZKB zu. Wir gratulieren der Bank für das veritable Resultat. Der Dank geht insbesondere an den Bankrat, an die gesamte Geschäftsleitung und an alle Mitarbeitenden. Wir sind überzeugt, dass die Bank für die Zukunft gut aufgestellt ist. Mit besonderer Beachtung wird bei uns die Ausschüttung der Bonifikationen begutachtet. Auch hier sind wir überzeugt, dass die Bank ein Modell gefunden hat, dass diese Ausschüttungen nicht exzessiv explodieren und dass die Leistungsträger trotzdem entsprechend entlohnt werden, aber eine Bindung zur Bank behalten.

Mit dem Kauf der PIAG will sich die Bank das Auslandsgeschäft erschliessen. Nach einigen Bereinigungen, die notwendig waren, sind wir überzeugt, dass dieser Schritt notwendig und sinnvoll ist. Wir wünschen der Bank, dass Ruhe einkehrt in Österreich und dass sie das Potenzial wirklich auch ausschöpfen kann.

Zum Schluss geht von unserer Fraktion ein ganz persönlicher Dank an Doktor Urs Oberholzer. Ich persönlich habe immer eine transparente und offene Zusammenarbeit erlebt. Wir wünschen Ihnen alles Gute für

die Zukunft. Ich persönlich werde leider nicht mehr mitwirken können, das ist schade. Aber es war trotzdem eine schöne Zeit.

Walter Schoch (EVP, Bauma): Die ZKB hat im schwierigen Niedrigzins-Umfeld des Jahres 2010 ein annähernd gleich gutes Resultat erreicht wie im Vorjahr, obwohl der Betriebsertrag 9 Prozent tiefer ausfiel. Wie ist das möglich?

Die Bank konnte den Geschäftsaufwand um fast 50 Millionen Franken beziehungsweise 4 Prozent reduzieren. Daneben fielen die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Verluste um 123 Millionen Franken, entsprechend 68 Prozent, tiefer aus. In den kommenden Jahren ist wohl eher wieder mit steigenden Kosten zu rechnen. Durch die guten Resultate der Vergangenheit sind aber die Gewinnerwartungen an die ZKB gesetzt. Für die Geschäftsleitung einer stark vom Zinsengeschäft abhängigen Bank stellt es gewiss eine Herausforderung dar, diese Erwartungen in Zukunft nicht zu enttäuschen. Die ZKB ist solide aufgestellt. Sie besitzt fast doppelt so viele Eigenmittel, wie dies die regulatorischen Bestimmungen zurzeit vorschreiben. Im Hinblick auf die künftig höheren Anforderungen an das Eigenkapital ist dies aber mehr als gerechtfertigt. Die Ausschüttungspolitik orientiert sich darum stets an der Notwendigkeit der zu bildenden Reserven und nicht an den Wünschen der Staatskasse. Die forcierte aber risikobewusste Erschliessung neuer Geschäftsfelder mit einem starken Fokus auf Nachhaltigkeit gibt der ZKB die Möglichkeit, auf einer gesunden Basis weiterzuwachsen. Die konsequente Umsetzung der Strategie, zum Beispiel in der Vermögensverwaltung, scheint ihre Früchte zu tragen. Die Kundenvermögen sind um knapp 10 Prozent gewachsen. Auch die der ZKB während der Finanzkrise zugeflossenen Gelder sind nicht, wie oft befürchtet, wieder abgezogen worden.

Im Rahmen der verantwortungsvollen Corporate Governance werden bei der ZKB die Interessen aller Anspruchsgruppen berücksichtigt. Hier muss die hervorragende Erfüllung des Leistungsauftrags erwähnt werden. Bei der ZKB ist der Leistungsauftrag kein Feigenblatt zur Daseinsberechtigung als Staatsbank. Die Erfüllung wird anhand einschlägiger und relevanter Messgrössen überprüft. Das Zürcher Volk darf auch beruhigt sein: Bei der ZKB gibt es keine Boni-Exzesse. Die Vergütungen sind im Vergleich zu anderen Finanzinstituten moderat oder sogar tief. Etwa ein Viertel der variablen Vergütung der Topkader, wie wir gehört haben, hängt durch die neu eingeführten Langzeit-

anwartschaften von der Nachhaltigkeit der Gewinne ab. Dieser Anteil dürfte für die optimale Entfaltung der ihr zugedachten Wirkung einiges grösser sein. Es ist beruhigend zu wissen, dass der Bankrat vom Parlament gewählt und die Bank unter der Oberaufsicht des Kantonsrates steht. Damit wird die Gefahr gebannt, dass die Geschäftsleitung in irrationale Sphären abhebt, wie dies in der Finanzwelt leider öfters zu beobachten ist.

Ich möchte den verantwortlichen Organen des Bankrates und der Geschäftsleitung danken für die verantwortungsbewusste und weitsichtige Führung der ZKB, aber auch allen andern Mitarbeitenden unserer ZKB für ihren erfolgreichen Einsatz. Die EVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, die Rechnung und den Geschäftsbericht der ZKB zu genehmigen. Ich danke Ihnen für die relative Aufmerksamkeit. *(Nach dem Wahlwochenende ist die Unruhe im Saal anhaltend und der Geräuschpegel entsprechend hoch.)*

Werner Bosshard (SVP, Rümlang): Ich lade Sie nun ein, das letzte Votum meiner Kantonsratskarriere zu geniessen. Zuerst will ich Ihnen drei Hinweise geben zu Unterschieden zwischen der Kantonalbank und einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft.

Die ZKB hat kein Aktienkapital, sondern ein Dotationskapital von 1925 Millionen Franken, entsprechend ungefähr einem Viertel des Aktienkapitals. Anstatt einer Dividende auf das Aktienkapital erfolgt eine Abgeltung des Dotationskapitals zu Selbstkosten. Dotationskapital zu Selbstkosten ist nicht gerade ein betriebswirtschaftlich geläufiger Begriff und ich will Ihnen das deshalb erklären:

Erstens: Es handelt sich nicht um Selbstkosten der Bank, sondern um Selbstkosten des Kantons. Es ist nämlich nicht so, dass die Kantonalbank damals bei der Gründung bereits mit einem Dotationskapital von 1925 Millionen Franken ausgestattet wurde. Es wurde vielmehr im Laufe der Jahre mit immer wieder neuen Beträgen aufgestockt und ist seit 1994 in der heutigen Höhe vorhanden. Der Kanton refinanziert diese Teilbeträge bei Fälligkeit zu marktüblichen Konditionen für eine feste Laufzeit. Die Einzelheiten dazu können der Tabelle, Ziffer 3.10, Gesellschaftskapital, auf Seite 146 des Geschäftsberichts entnommen werden. Aus dieser Tabelle ergibt sich der auf Seite 79 des Geschäftsberichts genannte Durchschnittssatz von 2,53 Prozent für die Selbstkosten oder 49'352'229 Franken, wie in Ziffer II des Antrags aufgeführt.

Bleiben wir noch kurz beim Eigenkapital. Dieses ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen von 6,8 Milliarden Franken im Jahr 2006 auf 8,2 Milliarden Franken im Berichtsjahr. Das ist positiv und angesichts der regulatorischen Veränderungen erwünscht, hat aber auch zur Folge, dass die Eigenkapitalrendite sinkt.

Zweitens: Die Zürcher Kantonalbank hat keinen Verwaltungsrat, sondern einen Bankrat und ein Bankpräsidium. Insbesondere das Bankpräsidium mit speziellen, zum Teil auch operativen und auf Seite 52 des Geschäftsberichts aufgeführten Kompetenzen ist einigen Reformern ein Dorn im Auge. Es entspricht tatsächlich nicht der reinen Lehre einer modernen Corporate Governance. Die Dualität Bankrat–Bankpräsidium widerspiegelt auch die Tatsache, dass die ZKB eine Parlamentsbank ist. Ich rufe Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen und Ihre Nachfolger, dazu auf, an dieser bewährten Organisationsform festzuhalten. Sie bietet grösstmögliche Gewähr, dass das Finanzgeschäft risikobewusst betrieben wird, und schützt die Bank vor unberechtigten Ansprüchen.

Drittens: Als öffentlich-rechtliche Anstalt ist die ZKB von allen Steuern befreit. Neben der Abgeltung des Dotationskapitals schüttet sie aber im Berichts- wie im Vorjahr 220 Millionen Franken an den Kanton und 110 Millionen Franken an die Gemeinden aus.

Zum Geschäftsbericht, den einzelnen Zahlen, den mitgelieferten Erklärungen ist schon vieles gesagt worden, ich will das nicht wiederholen. Aber ich möchte dem Bankpräsidenten Urs Oberholzer für die angenehme Zusammenarbeit mit der Aufsichtskommission danken. Ein grosser Dank geht auch an den Bankrat – da oben (*auf der Tribüne*) anwesend –, die Direktion und das gesamte Personal für die geleistete Arbeit und das gute Resultat.

Aus «Corporate Governance», Seite 52 des Geschäftsberichts, zitiere ich: «Der Kantonsrat wählt die Mitglieder des Bankrates und des Bankpräsidiums auf eine Amtsdauer von vier Jahren. Dabei orientiert sich der Kantonsrat an Persönlichkeitsmerkmalen wie Durchsetzungsvermögen, Glaubwürdigkeit und Integrität, an der fachlichen Eignung, an regulatorischen Anforderungen und am Parteienproporz.» Ich hoffe sehr, der neue Kantonsrat lebe diesem Grundsatz nach und– ich wiederhole da meinen Kollegen Walter Müller, weil es so wichtig ist – wähle keine Personen in den Bankrat, welche den Kapitalismus und das Bankenwesen überwinden möchten.

Abschliessend bitte ich Sie, mit mir dem Kommissionsantrag auf Genehmigung des Geschäftsberichts und Entlastung der Organe der Bank zuzustimmen.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur): Ich möchte ein paar Bemerkungen machen zur Hypothekenvergabe. Wenn ich den Markt so anschau, dann kommt mir ein ungutes Gefühl. Ich sehe – da bin ich nicht der Einzige – eine Immobilienblase entstehen, und diese Immobilienblase und die damit zusammenhängende Hypothekenvergabe sollten wir etwas genauer, etwas differenzierter anschauen.

Wenn ich jeweils die Grafik in der NZZ über die Preisentwicklung der Stockwerkeigentumsliegenschaften und über die Preisentwicklung der Einfamilienhäuser und der Mehrfamilienhäuser studiere, die alle paar Wochen kommt, dann sieht man doch ganz klar: Es ist eine laufende Preissteigerung bei allen drei Kategorien, insbesondere um den Faktor drei stärker bei den Eigentumswohnungen. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung. Da, denke ich, muss sich die ZKB vorsichtig verhalten, damit sie nicht in Probleme läuft. Ich bin überzeugt, dass heute diese Preise so hoch sind, weil die Zinsen tief sind, weil viele Leute meinen, sich Eigentumswohnungen leisten zu können. Wenn das Zinsniveau aber steigen wird – über kurz oder lang wird das so sein –, dann wird das einerseits eine Belastung für die betroffenen Leute werden, sie werden Mühe haben mit der Zinszahlung. Auf der anderen Seite werden die Preise sinken, wenn dann die ersten derartigen Eigentumswohnungen auf den Markt kommen. Also da ist eine ganz gefährliche Entwicklung. Da bitte ich die ZKB, sehr vorsichtig zu sein.

Auf der andern Seite stelle ich fest, dass im Preis für Mehrfamilienhäuser, insbesondere bei Genossenschaften, insbesondere aber auch bei Nachhaltigkeitsprojekten eine Zurückhaltung geübt wird, die ich schwer verstehe, vor allem, wenn ich die Werbung, den Auftritt, den Anspruch der ZKB als nachhaltige Bank sehe. Ich denke, da wäre es gelegentlich richtig, wenn man sich etwas stärker von den Finanzschemen lösen und Individualität und Nachhaltigkeit stärker berücksichtigen würde.

Ja, das wär's dann.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Ich möchte noch ganz kurz auf einen Punkt zu reden kommen. Vorerst möchte ich Doktor Urs Oberholzer

für seine erfolgreiche und umsichtige Führung ganz herzlich danken. Der Dank geht natürlich auch an den Bankrat und weitere Teams.

Was mich besonders freut an dieser Entwicklung der Kantonalbank ist, dass es ja nicht nur unsere Bank ist, dass es die Parlamentsbank ist, sondern dass wir auch eine Staatsgarantie haben. Das ist etwas, zu dem wir sehr grosse Sorge tragen müssen. Das ist unerhört wichtig, wenn Sie jetzt sehen, wie weltweit die Währungsentwicklungen sind und viele Banken auch in der Schweiz nicht sehr sicher waren, oftmals kleine Banken – der letzte Fall in Thun, in dem die Leute Geld verloren haben, ist 20 Jahre her –, da ist es ungeheuer wichtig für den Anleger und für den Sparer. Diese Staatsgarantie, die viele aufheben wollen, müssen wir aufrechterhalten. Das ist es, was ich zum Abschied und Dank Doktor Urs Oberholzer wünsche, dass das so bleibt. Danke schön.

Urs Oberholzer, Bankratspräsident der Zürcher Kantonalbank: Im Namen des Bankrates und der hier anwesenden Mitglieder des Bankpräsidiums und der Geschäftsleitung danke ich Ihnen für die Würdigung unserer Geschäftstätigkeit im Jahr 2010. Die Zahlen und Fakten des Geschäftsergebnisses 2010 und unseren Kommentar finden Sie im übersichtlich gestalteten Geschäftsbericht. Eine Zusammenfassung dieses Reports 2010 ist durch den Bankrat und die AWU bereits erfolgt. Auf eine Zusammenfassung der Zusammenfassungen möchte ich, wenn Sie damit einverstanden sind, verzichten.

Nicht verzichten möchte ich aber auf die Erwähnung der massgeblichen Erfolgsfaktoren, die dieses ausgezeichnete Geschäftsergebnis möglich gemacht haben.

Erstens: das grosse Vertrauen der Kundinnen und Kunden in die Kompetenz und Bonität der Bank. Festhalten möchte ich hier, dass die ZKB von den wichtigsten Rating-Agenturen auch unter Ausklammerung der Staatsgarantie beste Benotungen erfahren hat.

Ein zweiter Erfolgsfaktor für das erfreuliche letztjährige Geschäftsergebnis sind die Professionalität, Kompetenz und das ausserordentliche Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Stufen. Sie haben in einem sehr anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeld vorzügliche Arbeit geleistet.

Ein dritter Erfolgsfaktor sind die im Jahr 2008 festgelegte Strategie und das damit verbundene Geschäftsmodell der Universalbank, das

sich auch im Jahr 2010 mit einem wirksamen Risikomanagement bestens bewährt hat.

Aufgrund des Jahresergebnisses, das im Rahmen des Vorjahres liegt, hat der Bankrat beschlossen, eine Gewinnausschüttung in Vorjahreshöhe auszurichten. Zusammen mit der Entschädigung für das Dotationskapital, das treffend erwähnt worden ist, liegt die Ausschüttung, gemessen am Gewinn, bei 52 Prozent. Ich kann Ihnen versichern, der Bankrat entscheidet selbstständig über die Höhe der Ausschüttung und lässt sich von niemandem, von gar niemandem beeinflussen.

Und nun zu Ihren Voten. Wir nehmen Ihre kritischen Bemerkungen zur Auslandstätigkeit ernst. Was die PIAG betrifft, hat die Präsidentin der AWU alles treffend erwähnt. Aber die PIAG-Geschichte hat die ganze Diskussion über die gesamte Auslandstätigkeit in Bewegung gebracht. Die ZKB darf nach Gesetz im Ausland tätig sein. Wir dürfen dabei keine übermässigen Risiken eingehen und in den entsprechenden Reglementen und im Verhalten ist dieser Grundsatz festgehalten. Dessen Einhaltung wird auch ständig überprüft. Warum sind wir im Ausland tätig? Als Universalbank haben wir zwangsläufig Geschäfte mit Auslandsbezug unserer Kundinnen und Kunden. Als wichtiges Beispiel sei nur die Exportfinanzierung von Schweizer Unternehmen, insbesondere KMU genannt. Die ZKB ist zum wichtigsten Ansprechpartner von Exportfinanzierungen der Schweizer Unternehmen geworden. Wir sind in der Schweiz fast die einzige Bank, die diese Exportfinanzierungen und die KMU im Ausland begleitet. Ich versichere Ihnen, dass wir unsere Verantwortung auch im Ausland wahrnehmen. Ihren kritischen Aussagen werden wir gerecht werden. Wir sind froh, wenn das die AWU auch jedes Mal überprüft und dann feststellt.

Zum Immobilienmarkt – gestern ist auch ein Artikel erschienen – möchte ich Folgendes sagen: Die Preissteigerungen der letzten Jahre sind fundamental zu erklären und in erster Linie auf die Zunahme der Nachfrage nach Wohnraum zurückzuführen. Diese Nachfrage basiert auf dem Bevölkerungswachstum durch die in den letzten Jahren hohe Zuwanderung, gestiegenen Einkommen und tiefen Zinsen sowie der Knappheit an verfügbaren Objekten in begehrten Regionen wie beispielsweise Zürich. So liegt die Leerstandsquote im Kanton Zürich derzeit bei 0,6 Prozent, in der gesamten Schweiz bei 0,9 Prozent. Eine adäquate Leerziffer für einen liquiden Immobilienmarkt wird auf 1 Prozent geschätzt. In einzelnen Regionen zeigt die Preisentwicklung am Immobilienmarkt Tendenzen zur Überhitzung, das ist so, und es besteht die Gefahr von lokaler Blasenbildung. Ist von diesen Übertrei-

bungen die Rede, dann werden die Stadt Zürich, Zürichsee sowie die Regionen Zug und Luzern genannt. Erhöhte Vorsicht ist zudem in der Region Genfersee geboten, da dort bereits zweitklassige Lagen mehrheitlich überdurchschnittliche Wachstumsraten von Preisen und Bevölkerung aufweisen. Bei einer Zinswende kann die Tragbarkeit der gewährten Hypotheken für gewisse Immobilieneigentümer zum Problem werden. Die auf mittlere Laufzeiten abgeschlossenen Festhypotheken dämpfen diese Problematik allerdings etwas. Die ZKB überprüft ihre Vergabepolitik für Hypotheken laufend und hat vor dem genannten Hintergrund risikopolitische Massnahmen umgesetzt, welche die nachhaltige Tragbarkeit, den Mindesteinsatz von Eigenmitteln sowie die Amortisationsrichtlinien betreffen.

Zusammenfassend: Der Preisanstieg kann bis heute fundamental erklärt werden. Die Nachfrage von Wohnraum ist weiterhin stark und die Angebotserweiterung nicht übermässig hoch, was in einer unverändert tiefen Leerstandsquote zum Ausdruck kommt. Das niedrige Zinsniveau begünstigt die Nachfrage und den Preisanstieg. Die Gefahr einer Überhitzung an einzelnen Lagen ist vorhanden. Für die ZKB gilt: Qualität vor Quantität. Und dafür, dass die Blase platzt, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein, nämlich: ein Einbruch in der Bautätigkeit, ein starker und schneller Zinsanstieg und eine hohe Arbeitslosigkeit.

Zu Frauenförderung, Frauenanteil: Es ist nicht so, dass wir hier nur wollten, sondern wir machen auch etwas. Seit 2005 haben wir das Projekt «Frauen in Führungsfunktionen», wir nehmen die Frauenförderung ernst. Es zeigt sich auch, dass der Anteil an Frauen in Führungs- und Kaderfunktionen in der ZKB steigt. Frauen durchlaufen auch vermehrt interne und externe Weiterbildung. Der Frauenanteil an den internen Förderprogrammen wird stets thematisiert, was bereits zu einer erfreulichen Zunahme im Förderprogramm I geführt hat. Wir leisten auch Beiträge für Kinderkrippen. Wir organisieren in den Schulferien Ferienbetreuungswochen und in Zusammenarbeit mit einem Familienservice helfen wir Frauen, die bei uns tätig sind, den Haushalt bewältigen zu können. Wir sind auch in verschiedenen Netzwerken tätig. Ich möchte da das Projekt GRIFF, geistreiche Initiative für freche Frauen im Alter von 15 bis 20, erwähnen. Leider bin ich von der Bank nicht abgeordnet worden, in diesem GRIFF-Projekt mitzuwirken. Dann sind wir beim Verband Wirtschaftsfrauen Schweiz und Women's Finance Conference. Die stetig bedürfnisorientierte

Weiterentwicklung des Angebots werden wir ausbauen, und ich bin überzeugt, dass sich das dann auch in Zahlen auswirken wird.

Über die Gewinnausschüttung, das habe ich gesagt, entscheidet der Bankrat. Im Entschädigungssystem massgebend für die Definition des Personenkreises ist das FINMA-Rundschreiben. Der Fokus liegt hier auf Mitarbeitern mit einer sehr hohen Ergebnisverantwortung und einem bedeutenden Einfluss auf das Risikoprofil. Deshalb ist es ein Personenkreis von etwa 100 Personen. Wir haben mit diesem Entschädigungsmodell jetzt begonnen. Wir werden das jetzt einige Jahre so beobachten und dann entscheiden, ob man etwas ändern soll oder nicht. Wichtig ist, dass wir das jetzt einmal so durchziehen.

Dann zu Barbara Angelsberger: Danke für Ihre lobenden Worte, aber der Vergleich mit anderen Kantonalbanken hinkt. Denn die Kantonalbanken haben völlig andere Geschäftsmodelle als die ZKB. Deshalb kann man das so nicht vergleichen.

Wie sieht nun das laufende Geschäftsjahr aus dem ersten Quartal aus? Der Start ins neue Jahr ist der ZKB gelungen. Wir bewegen uns nach drei Monaten auf Planhöhe. Es besteht jedoch kein Grund für konjunkturelle Euphorie. Unsicherheiten halten die Weltwirtschaft in Atem. Die hohe Staatsverschuldung im Euro-Raum betrachten wir mit Sorge. Und wie schnell sich eine Gesamtbeurteilung ändern kann und welche Auswirkungen weltweit eintreten können, erleben wir an der Erdbebenkatastrophe in Japan, die meiner Meinung nach in den verschiedensten Bereichen mehr verändern wird, als wir vielleicht heute annehmen.

Ich danke Ihnen für die Auseinandersetzung mit unserer Geschäftstätigkeit im letzten Jahr, für deren Würdigung, aber auch für Ihre kritischen Voten, mit denen wir uns gerne auseinandersetzen. Der AWU danke ich für den umfassenden Bericht über das Geschäftsjahr 2010. Ich danke den Mitgliedern und ihrer engagierten Präsidentin für die immer offene, konstruktive Zusammenarbeit und für offene Diskussionen auch über kritische Themen.

Abschliessend empfehle ich Ihnen, dem Antrag des Bankrates und dem gleichlautenden Antrag der AWU zuzustimmen, nämlich Jahresrechnung und Geschäftsbericht über das Jahr 2010 zu genehmigen, die Gewinnverwendung zur Kenntnis zu nehmen und den Bankorganen für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

1. Bericht

2. Geschäftsabschluss 2010

3. Leistungsauftrag 2010

4. Private Banking

5. Kauf der Privatinvest AG

6. Mitarbeitende

7. Vergütungen, Boni, Langzeitanwartschaft, Vergütungsbericht

8. Abschliessende Bemerkungen

9. Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen

II., III., IV. und V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 164 : 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung), die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank über das Jahr 2010 zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

Urs Oberholzer, Bankratspräsident der Zürcher Kantonalbank: Heute habe ich meinen letzten ordentlichen Auftritt in Ihrem Hause. In den acht Jahren, in denen ich Präsident des Bankrates der ZKB sein durfte, gehörte es zu meiner Aufgabe, den jährlichen Geschäftsbericht der ZKB durch das Parlament gleichsam als Generalversammlung der Eigentümerschaft abnehmen zu lassen. Auf diese Auftritte habe ich mich immer gefreut. Nun gab es einmal eine Zeit, da musste ich ausserordentlicherweise aufgrund eines Ereignisses – es ging um Sulzer – antreten. Das freute mich weniger. Einmal wäre ich am liebsten auf der Rathausbrücke wieder umgekehrt, als ich die vielen Übertragungswagen und Kameras gesehen habe.

Ich habe bei der ZKB acht intensive, fordernde, ereignisreiche und auch tragische Momente und Zeiten erlebt. Bei der Berichterstattung hier im Rat habe ich auch in heiklen Situationen – trotz berechtigter Kritik – Ihre Sachlichkeit und Fairness mir, den Mitarbeitenden und der Bank gegenüber spüren dürfen. Für diese Achtsamkeit danke ich Ihnen.

Es ging mir immer darum, das Vertrauen und die Verantwortung, die mir die SVP-Fraktion mit der Nomination und Sie mir mit der Wahl übertragen haben, im Interesse der Eigentümer und der Bank mit bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen und meine Pflichten als oberster Repräsentant der Bank zu erfüllen. Wichtig war mir immer, nicht nur gute Resultate zu erbringen und den Leistungsauftrag zu erfüllen, sondern auch die Unternehmenskultur und die Reputation der Bank zu festigen. Ich bin dankbar und auch ein bisschen stolz, dass ich diese anspruchsvolle und fordernde Aufgabe habe übernehmen und führen dürfen, auch wenn noch nicht alle meine Visionen umgesetzt sind. Gleichzeitig bin ich mir bewusst, dass ich diese Verantwortung ohne die herausragenden Leistungen und das Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aller Organe und aller Stufen nicht hätte erfüllen können. Auf deren Mitarbeit und Unterstützung war ich angewiesen und ihnen gilt deshalb mein grösster Dank.

Ich wünsche dem Parlament des Standes Zürich, ich wünsche Ihnen in Ihrer politischen Tätigkeit, aber auch persönlich alles Gute, Gesundheit und Erfolg. Der ZKB wünsche ich, dass sie vom Parlament auch in Zukunft die passenden Rahmenbedingungen erhält, um einerseits den Anforderungen des Eigners entsprechen zu können und sich andererseits weiterhin erfolgreich im Wettbewerb zu behaupten.

Ich danke Ihnen. (*Anhaltender kräftiger Applaus.*)

Ratspräsident Gerhard Fischer: Das von diesem Rat soeben genehmigte Geschäftsjahr 2010 der Zürcher Kantonalbank war das letzte unter der durchgehenden Führung des amtierenden Bankratspräsidenten Urs Oberholzer. Weil er sein Wirken an der Spitze unserer Kantonalbank zur Jahresmitte beschliessen wird, durften wir Urs Oberholzer heute letztmals in offizieller Mission hier in diesem Saal begrüßen. Entsprechend möchte ich ihn heute nicht ohne eine gemeinsame Rückschau auf seine bald achtjährige Präsidialzeit zurück an den ZKB-Hauptsitz ziehen lassen.

Urs Oberholzer ist von diesem Parlament am 30. Juni 2003 auf Vorschlag der SVP-Fraktion ins dreiköpfige Präsidium unserer Kantonalbank gewählt worden. Der promovierte Jurist erzielte als einziger neuer Kandidat sogleich das Spitzenresultat. Zwei Tage später kam der gesamte, 13 Mitglieder umfassende Bankrat zu seiner Konstituierung zusammen. Dem strategischen Leitungsgremium unserer Kantonalbank schien der besondere kantonsrätliche Vertrauensbeweis für Urs Oberholzer offenkundig nicht entgangen zu sein. Jedenfalls übertrug es dem Neu-Mitglied im Dreierpräsidium in einer Kampfwahl sogleich die oberste Führungsfunktion der ZKB.

Kaum im Amt, sah sich Bankpräsident Urs Oberholzer schon mit der ersten anspruchsvollen Herausforderung konfrontiert. Damals war die Arbeit des Bankrates bereits während geraumer Zeit von den Diskussionen um die Sondervergütungen an seine Mitglieder überlagert. Mit sicherer Hand bewältigte er als Bankpräsident die sogenannte Bonus-Affäre. Durch griffige interne Anpassungen und eine offene Informationspolitik hat er sich bereits in den ersten Monaten seiner Präsidialzeit als verlässliches Gegenüber des Kantonsrates erwiesen. Die Verabschiedung eines Entschädigungsreglements für die Bankratsmitglieder durch unser Parlament setzte Ende 2004 schliesslich auch den politischen Schlusspunkt unter diese besonders belastete Phase der jüngeren ZKB-Geschichte. Fortan bestand Gewähr dafür, dass sich das

strategische Führungsorgan der ZKB unter der Leitung von Urs Oberholzer wieder uneingeschränkt auf seine gesetzliche Kernaufgabe konzentrieren konnte.

Als Präsident der damaligen kantonsrätlichen Aufsichtskommission über die Zürcher Kantonalbank weiss ich persönlich und gewissermassen aus nächster Distanz um den zentralen Anteil, den Urs Oberholzer zur damals dringend erforderlichen Stabilisierung und Neuaufstellung dieses für unseren Kanton so bedeutsamen Instituts geleistet hat. In ihm wusste unser Kanton auch von Beginn weg einen festen Garanten für die vorbehaltlose Umsetzung des neuen ZKB-Gesetzes. Mit besonderer Konsequenz hat sich Urs Oberholzer für die Verwirklichung des damals statuierten Leistungsauftrags ins Zeug gelegt. Unter seiner Ägide ist bankintern gar ein entsprechender Fachbereich geschaffen worden, welcher innovative Ideen hervorbringt.

Als die Zürcher Kantonalbank in den Jahren 2006 und 2007 von der Sulzer-Affäre erschüttert worden ist, haben sich die ausgewiesenen Qualitäten von Urs Oberholzer neuerlich eindrücklich manifestiert. Zum einen praktizierte er gegenüber der zuständigen kantonsrätlichen Aufsichtskommission stets eine ausnahmslos proaktive Informationspolitik. Parallel dazu stellte der versierte Banken- und Versicherungsfachmann sicher, dass auch innerhalb des Unternehmens die richtigen Lehren gezogen worden sind. Dank seiner seriösen Aufarbeitung darf der unrühmliche Vorfall rückblickend als heilsames Ereignis betrachtet werden. Spätestens in der jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist deutlich geworden, wie solide die heutige ZKB der Ära Urs Oberholzer aufgestellt ist. Mit der vorgängigen Ausschaltung von nicht abschätzbaren Hochrisiko-Geschäften hat die drittgrösste Schweizer Bank zu ihren traditionellen Werten zurückgefunden und ihre hohe gesellschaftliche Reputation wiedererlangt. Umso erfreulicher ist es, dass unsere Hausbank gleichzeitig markant an wirtschaftlicher Strahlkraft gewinnen konnte. Ihre soeben von diesem Rat verabschiedete Jahresrechnung 2010 spricht für sich.

Ebenso wie seine unternehmerische Erfolgsbilanz als Bankratspräsident wussten und wissen wir stets auch Urs Oberholzers politisches Sensorium zu schätzen. Er verfügt zum einen über einen ausgeprägten Sinn für das Machbare. Gleichzeitig ist es ihm mit einer transparenten Kommunikation gelungen, in den für die ZKB zuständigen parlamentarischen Aufsichtsgremien eine stabile Vertrauensbasis zu schaffen. Die gegenseitige Wertschätzung und Respektierung der unterschiedlichen Rollen erleichterte naturgemäss auch die Lösungsfindung in strit-

tigen Sachfragen. So ist es etwa bei der Erarbeitung eines Reglements über die oberoaufsichtsrechtlichen Kompetenzen der damaligen ZKB-Kommission gelungen, trotz anfänglichen Differenzen einen gangbaren Kompromiss herbeizuführen. Er hat noch heute Bestand.

Sowohl mir als damaligem Präsidenten der früheren ZKB-Kommission als auch der amtierenden Präsidentin des Nachfolgegremiums, der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen, war gar eine ausgesprochen freudvolle Zusammenarbeit mit dem scheidenden Bankpräsidenten vergönnt.

Nachdem Urs Oberholzers Amtsantritt vor beinahe acht Jahren bereits mit meiner Startphase als ZKB-Kommissionspräsident zusammengefallen war, habe ich heute auch die Ehre, den gebürtigen Schaffhauser an der Spitze der Zürcher Hausbank hier im Kantonsrat zu verabschieden. Im Namen dieser obersten Wahl- und Aufsichtsbehörde danke ich Urs Oberholzer herzlich für sein überaus verdienstvolles Wirken an der Spitze unserer Kantonalbank.

Bereits an dieser Stelle wünsche ich Urs Oberholzer einen ebenso erfolgreichen Abschluss seiner Präsidialzeit, weiterhin reichlich Musse mit seinem geliebten Reitsport und eine anhaltend gute Gesundheit.

Als äusseres Zeichen unserer Anerkennung überreiche ich dir, lieber Urs, einen goldgerahmten Stich unseres Rathauses. Möge dich die historische Darstellung unseres kantonalen Parlaments- und Regierungsgebäudes stets an deine feste Achse zu unserem Kanton und die gelebten Verbindungen zu seinen Institutionen erinnern. *(Der Ratspräsident überreicht Urs Oberholzer den goldgerahmten Stich. Applaus.)*

3. Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2009/2010

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 17. Januar 2011 und Antrag der AWU vom 16. März 2011

KR-Nr. [51a/2011](#)

Ratspräsident Gerhard Fischer: Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Zu diesem Geschäft begrüsse ich den Verwaltungsratspräsidenten Rolf Sägesser. Im Ausstand befinden sich Sabine Ziegler und Peter Reinhard.

Heidi Bucher (Grüne, Zürich), Präsidentin der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): Es ist mir noch in keinem Jahr so schwer gefallen, mit präsidialer Neutralität über die EKZ und ihren Strom zu berichten wie in diesem Jahr. Schuld daran ist die Katastrophe in Fukushima. Ich hoffe, es gelingt mir dennoch.

Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen hat gemäss EKZ-Gesetz Paragraf 9 den Auftrag, Rechnung und Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich zu prüfen und dem Kantonsrat Antrag auf deren Genehmigung zu stellen. An zwei Kommissionssitzungen wurden Rechnung und Jahresbericht 2009/2010 der EKZ beraten. Daneben fanden Visitationen und Besichtigungen in verschiedenen Geschäftsbereichen der EKZ statt. Die Protokolle des Verwaltungsrates wurden geprüft und die Verantwortlichen der EKZ beantworteten während des ganzen Berichtsjahrs die Fragen der Kommissionsmitglieder. Folgende Schwerpunkte wurden gesetzt:

Investitionen: Das erste Geschäftsjahr der EKZ nach der Marktöffnung vom 1. Januar 2009 ist abgeschlossen. Die EKZ bewegen sich jetzt in einem teilweise liberalisierten Markt. Nach einer langen Phase als Monopolbetrieb einen neuen Weg zu finden, ist für die EKZ eine Herausforderung. Eine gewisse Elastizität im Zusammenspiel zwischen Strompreis, Kundenbonus, Investitionen und interner Effizienz wird in Zukunft nötig und wichtig sein. Aus Sicht der EKZ steht eine grössere Erhöhung der Strompreise in nächster Zeit nicht zur Debatte. Die Regulierungen, Risiken und Chancen betreffend Marktöffnung sind aber noch immer unsicher. Der Verwaltungsrat arbeitet perma-

nent an Mehrfachstrategien zu den unsicheren Szenarien betreffend Marktöffnung. Vor allem die Planung der mittelfristigen Investitionen hat einen grossen Stellenwert, denn die EKZ brauchen Gewinne in genügender Höhe, um die Finanzierung des grossen Investitionsbedarfs der Netze zu finanzieren.

Leitungsnetz: Die EKZ besitzen das zweitgrösste zusammenhängende Stromnetz der Schweiz. Neben dem laufenden Wachstum des Kantons Zürich mit neuen Wohngebieten steht auch der Ersatz der Anlagen aus den Sechzigerjahren an. Es wird von den EKZ massiv mehr in Anlagen investiert als abgeschrieben. Dieser Trend wird auch in Zukunft nicht abbrechen. Pro Jahr handelt es sich um Investitionen in der Höhe von etwa 60 Millionen Franken. Im Kanton Zürich werden die Freileitungen zunehmend in den Boden verlegt. Damit wird die Sicherheit der Versorgung verbessert. Bei der Entscheidungsfindung, ob eine Leitung verkabelt werden soll, werden Kriterien wie die Störungsanfälligkeit, der Instandhaltungsaufwand, das Gefährdungspotenzial, die Anzahl der Kunden und Kundinnen, die strategische Wichtigkeit und der Verlauf durch Siedlungs- und Schutzgebiete berücksichtigt. Im regionalen Versorgungsnetz der EKZ gibt es heute noch etwa 10 Prozent Freileitungen. Bei den Hochspannungsleitungen, für welche allein die Swissgrid verantwortlich ist, gibt es technische und physikalische Grenzen für die Verkabelung.

Energie-Contracting: Die EKZ haben mit dem Energie-Contracting grossen Erfolg. Ein Energie-Contracting-Vertrag verpflichtet die EKZ zum Bau und zum Betrieb der geplanten Anlage und zur Lieferung von Wärme, Kälte oder Brauchwarmwasser, die der Kunde oder die Kundin zu einem festgelegten und damit kalkulierbaren Preis bezieht. Die benötigte Energie wird aus Wasser, Holz oder Sonne gewonnen. Die EKZ betreiben das Energie-Contracting schon seit 20 Jahren. Mit etwa 40 Mitarbeitenden werden rund 20 Millionen Franken Umsatz pro Jahr erarbeitet. Eine Verdoppelung in den kommenden Jahren wird angestrebt. Am 1. Oktober 2010 waren 510 Anlagen in Betrieb, 46 in Planung oder Bau. Zusätzliches Know-how für Bau und Betrieb von sehr grossen Anlagen erhoffen sich die EKZ von der Partnerschaft mit einem in Wärme-Contracting sehr erfahrenen deutschen Unternehmen, mit dem sie die EKZ GETEG AG gegründet haben. Die EKZ sind an dieser neuen Firma zu 50 Prozent beteiligt.

Woodpower AG: Die EKZ haben 2005 die Firma Woodpower im Wila gegründet. Sie sollte mit einem innovativen Konzept Strom und Wärme aus Restholz erzeugen. Nach Projektierungs- und Entwick-

lungsarbeiten ging 2007 die erste kommerziell genutzte Holzvergasungsanlage der Schweiz als Pilot- und Demonstrationsanlage in Betrieb. Die EKZ haben damit Pionierarbeit geleistet und beherrschen heute den Prozess der Vergasung und Verstromung von Holz. Alle nötigen Bewilligungen hat die Woodpower AG in der Zwischenzeit erhalten. Der Betrieb der Anlage kann in der heutigen Form jedoch nicht wirtschaftlich fortgesetzt werden. Darum haben die EKZ beschlossen, die Verbindlichkeiten und Aktiven der Woodpower AG abzuschreiben und einen Rückbau der Anlage in Wila ins Auge zu fassen. Die Empa (*Eidgenössische Materialprüfungsanstalt*) ist an der Technik der Holzvergasung interessiert und wird, aufbauend auf dem Know-how der EKZ, zwei neue Anlagen bauen. Für das Contracting sind die EKZ verantwortlich. Das Projekt der Vergasung von Holz wird von Empa und EKZ gemeinsam weitergeführt. Damit wird das Risiko etwas verteilt.

Umweltförderprogramm: 2008 haben die EKZ ein Umweltförderprogramm gestartet. 2009 hat der Kanton Zürich im Rahmen des Konjunkturförderprogramms vom Bund Globalbeiträge erhalten und die restlichen Flächen im Kanton, welche nicht zum Versorgungsgebiet der EKZ gehören, mit entsprechenden Fördergeldern versorgt. Die EKZ beschränken sich folglich auf ihr Förderprogramm in den Bereichen Stromeffizienz und Energieberatung. Im Bereich der Umweltförderung werden heute eher Produkte und weniger Projekte verkauft.

Die Verantwortlichen der EKZ haben versichert, dass das finanzielle Engagement der EKZ jedoch gleich gross bleibt. Auch die Solarstrombörse wird von den EKZ weitergeführt.

An dieser Stelle weise ich auf den Strommix der EKZ hin: 25,3 Prozent des Stroms ist aus Wasserkraft, 73,9 Prozent aus Kernenergie, 0,1 Prozent ist übriger Strom sowie neu 0,7 Prozent ist geförderter Strom (*KEV*). Die EKZ bezogen im Geschäftsjahr 2009/2010 99,1 Prozent des Stroms von der Axpo. Gemäss Gründungsvertrag ist die NOK, heute Axpo AG, dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass immer genügend Strom zu annehmbaren Bedingungen vorhanden ist. Es stellt sich nach der Katastrophe von Fukushima die Frage, ob der Axpo-Strom aus Atom eine annehmbare Bedingung für die Bevölkerung des Kantons Zürich sei. Die EKZ sind gemäss Paragraph 6 des EKZ-Gesetzes gezwungen, ihren Bedarf an elektrischer Energie bei der Axpo AG zu decken.

Kompetenzzentrum für Netzdienstleistungen

Die EKZ betreiben ein Kompetenzzentrum für Netzdienstleistungen. Dieses dient einerseits dem Kompetenzerhalt für Reparaturen und dem Unterhalt von Anlagen mit einer langen Lebensdauer und damit der Versorgungssicherheit. Andererseits können die EKZ mit diesen Dienstleistungen auch im Drittmarkt tätig sein. Es wird eine Werkstatt für Trafo-, Schalter- und Relaisrevisionen betrieben. Angeboten werden Netzanalysen, die Montage und Verlegung von Kabeln und die Unterstützung in den Bereichen Photovoltaik und Elektromobilität. Die EKZ haben mit diesem Angebot eine Marktnische entdeckt und erwirtschaften etwa einen Drittel des Umsatzes des Kompetenzzentrums mit Fremdaufträgen. Die Marge ist gut.

Unternehmenskultur

Die EKZ verfolgen seit vier Jahren ein grosses Projekt mit dem Ziel, die Unternehmenskultur zu entwickeln. Letztes Jahr wurden sie dafür mit dem ersten Preis des Swiss Leadership Forums prämiert. Die EKZ hatten im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt 1521 Mitarbeitenden und 183 Lernende in Ausbildung. Die Lehrabschlussprüfung 2010 haben alle Lehrlinge bestanden. Wir gratulieren.

Antrag der Kommission

Vom Bericht der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers AG und dem Antrag an den Kantonsrat hat die Kommission Kenntnis genommen. Die Mitglieder der AWU haben die Rechnung 2009/2010 und den 102. Geschäftsbericht der EKZ gemäss ihrem Auftrag geprüft, nehmen sie zur Kenntnis und beantragen dem Kantonsrat deren Genehmigung. Sie beantragen, von der Gewinnverwendung gemäss gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen Kenntnis zu nehmen.

Dank: Die Mitglieder der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen danken dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der EKZ für die angenehme und offene Zusammenarbeit und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EKZ für ihren Einsatz zum Wohl des Kantons Zürich.

Die erste vierjährige Legislatur der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen geht zu Ende. Mein spezieller Dank gilt den Mitgliedern meiner Kommission. Sie haben ihre Arbeit jenseits vom Rampenlicht der politischen Bühne fleissig, beharrlich, diskret und kompetent ausgeführt. Die Oberaufsicht, die eine Kernaufgabe des Kantonsrates ist, ist fälschlicherweise keine begehrte Kommissionsarbeit. Sie gewährt nämlich Einblicke in Unternehmen, wie sie

sonst kaum möglich wären. Die Paukenschläge aber, von denen die Medien gerne schreiben, bleiben aus. Und wenn es sie gibt, sind sie als Folge der Schweigepflicht nicht für die persönliche Positionierung zu nutzen. Es ist eine stille Arbeit im Dienste des Kantons Zürich. Merci.

Andrea von Planta (SVP, Zürich): Unsere Fraktion hat einstimmig Genehmigung des Geschäftsberichts der EKZ beschlossen. Lassen Sie mich zwei Dinge hervorheben:

Gemäss Paragraf 2 des EKZ-Gesetzes besteht die Hauptaufgabe der EKZ darin, für eine sichere, wirtschaftliche und umweltgerechte Stromversorgung zu sorgen. Darin ist kein Wort enthalten, dass die EKZ Bügeleisen oder Kühlschränke verkaufen sollten. Aber lassen Sie mich zurückblenden: 1875 wurde in Sankt Moritz die erste Glühbirne eingeschaltet, damals noch mit Gleichstrom. Und der Strom war zugleich etwas Unbekanntes und Unheimliches. Deswegen, als zu Beginn des letzten Jahrhunderts dann in breitem Sinne die Elektrizität in der Schweiz eingeführt wurde, ging es für viele Elektrizitätswerke darum, den Leuten die Angst vor der unsichtbaren neuen Kraft zu nehmen und Beispiele für die nutzbringende Anwendung der Elektrizität zu zeigen. In der Folge richteten die meisten Elektrizitätswerke eigene Läden ein zum Verkauf von Kochherden, Lampen, Bügeleisen, Kühlschränken und so weiter. Viele dieser Läden existieren auch heute noch, obschon sich das Konzept der Elektrizität weltweit voll durchgesetzt hat. Unter dem Namen Eltop konkurrenzieren diese Läden jetzt auf unnötige Art und Weise das lokale Gewerbe in unserem Kanton.

Heute sind diese Aktivitäten zur Förderung des Stromverbrauchs nicht mehr nötig, ganz im Gegenteil: Die EKZ beschäftigen ja eine Gruppe von etwa sieben Fachleuten für die Beratung dieser Kunden beim Energiesparen. Die Eltop-Aktivitäten sind also in finanzieller Hinsicht nicht sehr interessant. Gemäss eigener Aussage der EKZ ist man dauernd am Kämpfen für eine schwarze Null, das war ein Zitat. Auch liegen die circa 30 Geschäfte teilweise an schlechten, ungeeigneten Standorten. Dasselbe trifft offenbar auch für die Aktivität Elektroinstallationen von EKZ/Eltop zu. Eine Desinvestition aus diesen Sparten drängt sich daher auf. Ein Rückzug aus den Eltop-Aktivitäten würde es dem Management der EKZ erlauben, sich voll auf das Hauptgeschäft zu konzentrieren, welches durch die vollständige Marktöffnung

2014 und durch die Freigabe der Netze sicher noch anspruchsvoller wird. Energieberatung und Wärme-Contracting sollen dabei nicht infrage gestellt werden. Wir werden anschliessend ein diesbezügliches Postulat einreichen.

Noch ein Wort zur Berichterstattung. Die EKZ-Verordnung sagt in Paragraf 7 – Zitat: «Das Ergebnis für den Bereich Hausinstallation wird gesondert ausgewiesen.» Leider kann ich das nirgends im Geschäftsbericht sehen. Es wird an verschiedenen Stellen auf Bruttoumsätze oder die Frage der Standorte hingewiesen. Aber es wäre doch schön, wenn das Spartenergebnis etwas detaillierter in den Geschäftsbericht käme.

Roland Munz (SP, Zürich): Die EKZ haben ihr erstes Geschäftsjahr nach erfolgter Öffnung des Strommarktes abgeschlossen. Und sie haben sich hier gut bewähren können. Weil grosse Investitionen anstehen im Ersatz von Stromleitungen aus den 1960er Jahren, ist es richtig, die hierfür zu erwartenden Mittel zu äufnen, indem ein angemessener Gewinn erwirtschaftet und dem Eigenkapital zugefügt wird. Die SP erwartet dabei, dass beim Ersatz und beim Ausbau von Leitungen, wo immer möglich, eine Erdverlegung realisiert wird. Hierbei ist dem technischen Fortschritt in allen Belangen Rechnung zu tragen. Selbstverständlich legen wir auch Wert darauf, dass unter dem Druck kommender grosser Ersatzinvestitionen die nötigen positiven Rechnungsabschlüsse nicht zulasten von Umweltfördermassnahmen oder zulasten von Personal gehen.

Nach alter Rechnungslegung separat ausgewiesene Einlagen für Umweltprojekte werden neu direkt den entsprechenden Positionen belastet, weshalb sie als Sammelposition nicht mehr in der Rechnung ersichtlich sind. Das hat zur Folge, dass sie eben nicht mehr sofort ersichtlich sind, jedoch durften wir mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, dass insgesamt ein konstanter Beitrag für die verschiedenen Fördermassnahmen im Umwelt- und Energieeffizienzbereich investiert wird.

Zufriedenheit fanden bei uns die Resultate der im Berichtsjahr erfolgten Mitarbeitendenbefragungen. Die fast durchwegs besseren Werte im Vergleich zur letzten derartigen Umfrage zeigen uns auf, dass sich die Anstrengungen in der innerbetrieblichen Unternehmenskulturentwicklung positiv bemerkbar machen. Wegen der Unsicherheiten der mit der weiteren Strommarktentwicklung betrauten Stellen herrscht

jedoch gewisse Verunsicherung, weshalb dort die Werte kaum verbessert werden konnten. Ausdrücklich gratulieren möchten wir von der SP hingegen den jungen Menschen, welche im Berichtsjahr 2010 ihre Ausbildung bei den EKZ erfolgreich abschliessen konnten. Erfreulich auch, dass, wer dies wünschte, nach der Lehre weiter im Betrieb beschäftigt wurde. Leider – aus unserer Sicht leider – gibt es zurzeit bei den EKZ noch keine zweijährigen Ausbildungsplätze zur Betriebspraktikerin beziehungsweise Betriebspraktiker EBA (*Eidgenössisches Berufsattest*). Dennoch bemühen sich die EKZ sehr, Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten Möglichkeiten zum Berufseinstieg zu bieten. Sie tun dies auch, weil sie sich als staatliche Unternehmung hier ihrer Vorbildfunktion bewusst sind. Und sie tun dies, indem sie ausdrücklich solche Lernenden mit interner Betreuung so weit bringen, dass sie eben volle Berufslehren erfolgreich abschliessen können. Das würdigen wir auch sehr positiv.

Im Berichtsjahr haben die EKZ zusammen mit einer gleichberechtigten Partnerin die EKZ-GETEG AG gegründet. Diese soll – wir haben es gehört – bei grossen industriellen Betrieben, bei Spitälern und so weiter mit Gesamtenergie-Contracting-Anlagen dazu beitragen, dass Energie sparsamer, dass Energie effizienter eingesetzt wird. Die EKZ betreiben ja das Energie-Contracting an sich schon seit Jahren selber, jedoch nicht bei den anvisierten, sehr grossen Anlagen. Ihre diesbezüglich erfahrene deutsche Partnerin GETEG bringt hier das Fachwissen mit. Wir werden selbstverständlich sehr genau hinschauen, wie sich diese neue Tochterfirma künftig positioniert und wie auch dort dann die Anstellungsbedingungen und die Mitarbeitendenzufriedenheit sich entwickeln werden.

Wo die SP ihre Hauptkritikpunkte anzubringen hat, ist bei der Eigentümerstrategie der EKZ gegenüber der Axpo. Die EKZ sind verpflichtet, bei der Axpo AG den Strom einzukaufen. Jedoch sind sie auch mit 18,4 Prozent massgeblich an der Axpo AG beteiligt und daher auch dafür mitverantwortlich, was die Axpo tut. Dass die EKZ ihre lobenswerten Anstrengungen zur Förderung von mehr Energieeffizienz und zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen nicht auch mit dem ihr angemessenen Gewicht von der Axpo aktiv, offensiv einfordern, ist wenig einsehbar. Bisher leistet die Axpo nur einen ungenügenden Beitrag an die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen. Hingegen wird viel Energie aus herkömmlicher Produktion eingekauft, um diese zu veredeln und weiterzuverkaufen. Dies ist angesichts der Erkenntnis, dass wir alles tun sollten, um den weltweiten

CO₂-Ausstoss zu reduzieren, eine nicht nur unproblematische Geschäftspolitik. Im Übrigen ist auch Atomstrom weit davon entfernt, CO₂-frei zu sein. Je nachdem, was man alles in die entsprechende Rechnung miteinschliesst, liegt jeder Kilowattstunde Atomstrom ein CO₂-Ausstoss von 60 bis 160 Gramm zugrunde. Abgesehen von der Gefährdung und dem Müll, den wir den Generationen nach uns hinterlassen, ist auch den diesbezüglich offensichtlich irreführenden Werbebotschaften der Axpo ein Riegel zu schieben. Deshalb wünschten wir uns eine noch offensivere Eignerstrategie der EKZ in der Axpo zur Befreiung von Strom aus Atomreaktoren.

Als Erstes wünschten wir uns, dass das ganze Gewicht eingebracht wird, um die Axpo zu bewegen, alle AKW, an denen Beteiligungen gehalten werden, nach dem aktuellsten europäischen Stresstest für AKW zu überprüfen. Mit Interesse werden wir die entsprechenden Berichte studieren.

Wir haben Rechnung und Geschäftsbericht studiert, geprüft und empfehlen Ihnen Zustimmung dazu. Bei allen Mitarbeitenden der EKZ bedanken wir uns für ihren Einsatz zugunsten unseres Kantons und gratulieren zum positiven Abschluss des Geschäftsjahres.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Begrüssung einer Schaffhauser Delegation auf der Tribüne

Ratspräsident Gerhard Fischer: Nun freut es mich, auf Einladung von Inge Stutz eine hochkarätige Delegation aus dem Kanton Schaffhausen auf der Tribüne willkommen zu heissen.

Mit Werner Bolli, Charles Gysel und Alfred Sieber werden unsere Beratungen gleich von drei vormaligen Schaffhauser Kantonsratspräsidenten aufmerksam verfolgt. Ich freue mich über den Besuch aus unserem nördlichen Nachbarkanton und wünsche unseren Gästen einen kurzweiligen weiteren Vormittag hier im Zürcher Rathaus. (*Applaus.*)

Die Beratungen werden fortgesetzt.

Jean-Luc Cornaz (FDP, Winkel): Die FDP-Fraktion wird den Geschäftsbericht der EKZ einstimmig genehmigen, den Verwaltungsrat entlasten und ihren Dank der Geschäftsleitung und den EKZ-Gremien aussprechen.

Die Prüfung des Geschäftsberichts mit dem guten Ergebnis zeigt jedoch auch Folgendes: Die EKZ sind für die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags sehr gut positioniert. Mit ihrer gesunden Bilanz und ihrer starken Beteiligung an der Axpo kann sie den Kanton Zürich sicher und günstig mit Strom versorgen. Wie wir aus dem Geschäftsbericht wissen, investieren die EKZ viel Geld in die Erneuerung der bestehenden Leitungen, nach dem Grundsatz, dass jetzt die finanziellen Reserven der Vergangenheit in die Strom- und Kupferleitungen der Zukunft investiert werden sollen. Diese Strategie ermöglicht die notwendige Erhaltung der Infrastruktur, ohne den Endkunden mit Zusatzkosten zu belasten. Zukünftig wird die Substitution mit Wärmepumpen den Strombedarf erhöhen. Schätzungen gehen von jährlich circa 10 Prozent Wachstum aus. Weitere alternative Energieträger werden in diesem Rat gleichwohl als nicht in allen Punkten befriedigend angesehen. Ich bitte Sie jedoch, bei solchen Diskussionen eine Gesamtbetrachtung über alle Energieträger und, was immer wieder vergessen wird, auch über alle Energietransportsysteme mit allen ihren Vor- und Nachteilen anzustellen.

Die EKZ sind im Kerngeschäft eine Durchleitungsfirma von Strom. Sie leiten Strom, welchen sie gemäss Gründungsvertrag von der Axpo kaufen, durch ihr Stromnetz zu den Verbrauchern. Sie produzieren weniger als 1 Prozent des verkauften Stroms selbst. Ich bitte deshalb, die EKZ auch künftig nicht als Aufhänger für eine Debatte bezüglich der Stromherstellung zu missbrauchen.

Ich stelle fest, dass viele Bürger die Liberalisierung noch nicht ganz richtig verstanden haben. Die Liberalisierung wird uns einen variablen Strompreis bescheren, das heisst, wie das Benzin, welches seinen Preis täglich ändert, wird der Strom dies ebenfalls tun, ja sogar noch innerhalb der jeweiligen Tageszeit. Die Chancen für die kostenbewussten Konsumenten sind somit offensichtlich. Wenn sie den Strom in den Randstunden kaufen, respektive ihre Wäsche vermehrt am Abend oder Wochenende waschen, dann können sie Kosten sparen. Umgekehrt bringt die Liberalisierung auch Gefahren: Wenn bestimm-

te Gruppen den Strom zwingend zu einer bestimmten Tageszeit benötigen, dann wird es teurer.

Ich habe bewusst nicht auf die neue Situation aufgrund des Reaktor-Unfalls in Japan gesprochen; nicht weil diese Katastrophe mit uns nichts zu tun hätte, sondern weil wir den EKZ-Jahresbericht des letzten Jahres würdigen und abnehmen wollen. Ich, aber auch die Kommission sind unglücklich über die Tatsache, dass wir heute nach den Wahlen gedrängt und nicht mit der von uns gewünschten Ruhe diesen Geschäftsbericht abnehmen müssen. Wir wünschen, dies für nächstes Jahr besser zu koordinieren. In diesem Sinne bitte ich um die Unterstützung bei der Annahme des Geschäftsberichts der EKZ.

Nun erlauben Sie mir noch ein zusätzliches Wort an Andrea von Planta. Ich weise darauf hin, dass wir versucht haben, sowohl das Thema Eltop zu überprüfen als auch die strategische Ausrichtung von zwei Jahren. Es gab eine Visitation bei der Eltop. Die Kommissionsmitglieder, die ausdrücklich wollten, dass die Eltop strategisch nicht überprüft wurde, waren die SVP-Vertreter. Weshalb jetzt ein Postulat eingereicht wird, weshalb die Eltop nicht mehr Teil der EKZ sein soll, ist mir nicht verständlich.

Maria Rohweder (Grüne, Uetikon a. S.): Herzlichen Dank für den sehr übersichtlichen und informativen Geschäftsbericht. Ich verzichte darauf, auf den ganzen Bericht einzugehen, und werde lediglich ein paar Punkte kommentieren, die für uns Grüne besonders interessant und wichtig sind. Es sind dies Stromeffizienz, erneuerbare Energien, Pionierarbeit, Preispolitik und Unternehmenskultur.

Zur Stromeffizienz. «Schweizer Rekord beim Energiekonsum», titelte die Zürichsee-Zeitung am 29. März 2011 im Wirtschaftsteil. Dieser Rekord gilt auch für den Stromverbrauch im Kanton Zürich und für die Stromlieferung der EKZ. Grund sind die kühle Witterung und die konjunkturelle Entwicklung im letzten Jahr. Aber nicht nur, denn offenbar übersteigt die wachsende Menge an Energieanwendungen die insgesamt bescheidene Verbesserung bei der Energieeffizienz. Mit ihrem Umweltförderprogramm in den Bereichen Stromeffizienz und Energieberatung treffen die EKZ zwar den Nerv der Zeit, doch es reicht nicht aus. Offensichtlich braucht es hier noch grössere Anstrengungen.

Erneuerbare Energien: Der Umbau der Energieversorgung ist erfreulicherweise nicht nur eine Vision der Grünen. Kürzlich habe ich gele-

sen, dass an der Universität Sankt Gallen am Lehrstuhl Management erneuerbarer Energien an der Energiewirtschaft der Zukunft gearbeitet wird. Ziel ist, dass bis zum Jahr 2050 die Energieversorgung von 80 zu 20 auf 20 zu 80 geändert wird. Das heisst, bis im Jahr 2010 sollen rund 80 Prozent der Energie aus erneuerbaren Energien stammen. Noch stehen wir ziemlich am Anfang eines solchen Umbaus, denn die EKZ als wichtigste Stromlieferanten im Kanton Zürich verkaufen trotz ihres Umweltengagements bis heute mehrheitlich Atomstrom und nur einen äusserst geringen Anteil Strom aus erneuerbaren Energien. Der Grund dafür ist bekannt, nämlich dass die EKZ über 99 Prozent ihres Stroms von der Axpo beziehen und kaum Möglichkeiten haben, den Stromanteil aus erneuerbaren Energien zu erhöhen. Die Zusammensetzung des Strommixes spricht für sich, wir haben die Zahlen schon gehört. Bloss 0,1 Prozent kommen aus erneuerbaren Energien. Für uns Grüne ist dies nach wie vor eine äusserst unbefriedigende Situation. Alle Bemühungen der EKZ, wie die Einführung und der Verkauf neuer Ökoprodukte mit entsprechenden Labels oder der Betrieb der Solarstrombörse oder die neu eingeführte kostendeckende Einspeisevergütung mit einem Anteil von 0,7 Prozent sind da leider noch immer bloss ein Tropfen auf dem heissen Stein.

Pionierarbeit: Die Technik der Holzvergasung hingegen, wie sie die EKZ mit ihrer Woodpower AG entwickelt haben, macht deutlich, dass die EKZ durch ihre eigene technische Entwicklung einen interessanten Beitrag zum Ziel einer besseren Versorgung aus erneuerbaren Energien geleistet haben. Dies möchte ich an dieser Stelle nicht nur erwähnen, sondern auch würdigen.

Preispolitik: Die Strompreise der EKZ sind nach wie vor fast konkurrenzlos tief, sowohl innerhalb Europas als auch innerhalb der Schweiz, und dies trotz Liberalisierung des Strommarktes. Laut Geschäftsbericht haben sich 10 Prozent der Kunden im Kanton Zürich für ein erneuerbares Stromprodukt entschieden. Diese Kunden nehmen für den Bezug erneuerbarer Energie sogar höhere Preise in Kauf. Doch dies wäre nicht einmal notwendig. Denn würde bei sämtlichen Energieträgern die Kostenwahrheit ausgewiesen – dazu gehört auch das Unfallrisiko von AKW, das bis heute der Staat trägt –, wäre Sonnenenergie beispielsweise sehr viel günstiger und somit sehr viel konkurrenzfähiger. Das ist für mich als grüne Politikerin Zukunftsmusik in meinen Ohren. Selbstverständlich ist es mir klar, dass es nicht Hauptaufgabe der EKZ ist, Bundesenergiepolitik zu betreiben.

Für die EKZ als wirtschaftliches Unternehmen steht die Vorbereitung auf die vollständige Marktöffnung im Jahr 2014 im Vordergrund. Und mir ist auch bewusst, dass dies für ein Unternehmen, das sich nicht der Gewinnmaximierung verpflichtet, eine Herausforderung bleibt.

Zur Unternehmenskultur: Zum Schluss möchte ich die geglückte Entwicklung der Unternehmenskultur unterstreichen. Der erste Preis des Swiss Leadership Forums belegt, dass es den EKZ gelungen ist, diejenigen Angestellten erfolgreich in die Firma zu integrieren, die in neuen Berufsfeldern tätig sind. Dass die EKZ viele ihrer Lehrlinge nach Abschluss ihrer Lehre weiterhin beschäftigen, ist ebenfalls vorbildlich.

Schliesslich darf ich festhalten, dass die EKZ den gesetzlichen Vorgaben gefolgt sind und den Leistungsauftrag erfüllt haben. Im Namen der Grünen Fraktion danke ich allen Verantwortlichen der EKZ und allen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit. Wir beantragen, die Rechnung und den Geschäftsbericht zu genehmigen.

Andreas Federer (CVP, Thalwil): Wenn bei den EKZ der Umsatz steigt und auch der Gewinn, dann ist das so eine Sache. Erfreulich ist es, wenn der Gewinn steigt und die Mittel richtig eingesetzt werden. Unerfreulich ist, dass festzustellen ist, dass natürlich mit dem Umsatz, der gestiegen ist, vor allem auch der Energieverbrauch gestiegen ist. Vergleichen wir unsere Strompreise mit dem europäischen Markt, dann können wir heute noch sagen: Wir stehen sehr gut da. Die Marktöffnung, Investitionen in die Zukunft, Investitionen in die Versorgungssicherheit, die Diskussion um die Verkabelung von Übertragungsleitungen werden dieses Umfeld für die nächste Zeit sicher nicht einfacher machen.

Schauen wir in die Bilanz und in die Erfolgsrechnung, dann sticht der Zuwachs um 16,7 Prozent beim Energie-Contracting hervor. Dies ist erfreulich, weil in diesem Bereich die erneuerbaren Energien gefördert werden. Ebenso erfreulich ist zu erkennen, dass die EKZ ihre Investitionen in die Werterhaltung nicht vernachlässigen.

Zum Thema Eltop: Man kann schon der Meinung sein, das sei die Konkurrenz der lokalen Unternehmen. In einem gewissen Sinne stimmt das ja vielleicht auch. Aber für die EKZ ist es wichtig, dass sie physisch für den Kunden präsent sind. Es ist wichtig, dass sie Energieberatung in diesen Läden aktiv betreiben können und dass sie nicht zuletzt die Reaktionen der Kunden auch mitgeteilt bekommt.

Wir sind froh über die Aktivitäten im Rahmen von Förderprogrammen. Speziell erwähnen möchte ich die Veranstaltungen in den verschiedenen Gemeinden mit dem Titel «Jetzt energetisch modernisieren», die mit verschiedenen Partnern durchgeführt wurden. Wir erwarten für die Zukunft von den EKZ auch einen aktiven Beitrag, was die Energieproduktion anbelangt. Diese Diskussion ist ja voll lanciert, und ich glaube, man kann sich nicht nur dahinter verstecken, indem man sagt: «Wir übertragen die Energie ja nur.»

Die CVP stimmt sowohl Geschäftsbericht als auch Rechnung zu. Sie dankt dem Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden für die gute Leistung.

Walter Schoch (EVP, Bauma): Den Verantwortlichen der EKZ ist zu attestieren, dass sie die Entwicklungen im Strommarkt und die Auflagen des Regulators richtig analysieren und für ihr Geschäft als Energieverteiler sowohl im operativen als auch im strategischen Bereich richtig antizipieren. Die EKZ unterstützen erfolgreich verschiedene Projekte zur effizienten Stromanwendung und zur alternativen und umweltschonenden Energiegewinnung. Zum Beispiel war die gezielte Förderung von Solaranlagen für die Warmwasseraufbereitung sowohl ökonomisch als auch ökologisch sehr sinnvoll. Diese Förderung thermischer Solaranlagen wurde anfangs 2010 vom kantonalen Förderprogramm nahtlos übernommen.

Im Bereich der Photovoltaik müssen noch Fortschritte erzielt werden. Es sind leider noch zu wenige Kunden bereit oder in der Lage, für Solarstrom einen viel höheren Preis zu bezahlen. Über die Solarstrombörse der EKZ wird eine Million Kilowattstunden abgewickelt. Was auf den ersten Blick als respektable Zahl erscheint, entspricht nur gerade 0,7 Prozent der Energiemenge, die im Jahr 2010 mehr verbraucht wurde. Der Gesamtverbrauch im Versorgungsgebiet erhöhte sich im Rechnungsjahr um satte 2,5 Prozent.

Die EKZ sind nicht nur im Stromgeschäft tätig, mit dem stark wachsenden Energie-Contracting erbringen die EKZ eine marktgerechte Dienstleistung und fördern zugleich die Nutzung erneuerbarer Energien. Der Unternehmensgewinn liegt im Bereich des Vorjahres, die Bilanz weist enorme Reserven auf. Diesem über Jahrzehnte geäuften Schatz muss Sorge getragen werden. Die Leitungsnetze werden bei den EKZ nicht stiefmütterlich behandelt. Die hohen Investitionen in die Netzinfrastuktur garantieren die hervorragende Netzverfügbar-

keit. Diese Errungenschaft muss auch in einem liberalisierten Markt erhalten bleiben, weil sie nicht zuletzt für die Wirtschaft einen wichtigen Standortvorteil darstellt.

Schulen und Lehrpersonen werden bei der Vermittlung von Energiewissen durch die EKZ unterstützt, um Jugendlichen den bewussten Umgang mit Energie näherzubringen. Im eigens dafür eingerichteten Stromhaus bieten die Moderatoren der EKZ auch Führungen für Mittel- und Oberstufenschüler an. Eine vorbildliche Rolle nehmen die EKZ, wie wir gehört haben, auch bei der Ausbildung von Lernenden ein. Auf 1521 Mitarbeitende kommen 183 Auszubildende. Die EKZ haben die notwendige Kompetenz für den veränderten Strom- und Energiemarkt aufgebaut und geeignete Massnahmen ergriffen, damit sie auch in Zukunft ein wichtiger Player in diesem Geschäft bleiben können.

Ich möchte zum Schluss dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung danken für die weitsichtige Führung unserer Energieunternehmung EKZ. Vielen Dank.

Michèle Bättig (GLP, Zürich): Die EKZ fahren zurzeit eine Doppelstrategie: Einerseits engagieren sie sich für eine nachhaltige Umweltpolitik. Sie fördern erneuerbare Energien, zum Beispiel mittels EKZ-Naturstrom, EKZ-Solarstrombörse, mittels diverser Contracting-Projekte. Sie beraten Kunden beim Umgang mit Energie und setzen sich intern Umweltstandards. Wir begrüssen dieses Engagement sehr.

Von den gut 6000 Gigawattstunden Stromabsatz im Geschäftsjahr waren jedoch weniger als 1 Prozent aus erneuerbaren Energien gemäss KEF. Hier besteht also noch ein grosses Steigerungspotenzial. Neben diesem nachhaltigen Engagement enthält der Strommix der EKZ immer noch überdurchschnittlich viel Atomstrom. Mit einer Beteiligung von über 80 Prozent sind die EKZ der grösste Aktionär der Axpo Holding AG und beziehen ihren Strom von der Axpo. Dieser Grundstrommix besteht zu drei Vierteln aus Atomstrom.

Aus grünliberaler Sicht wäre ein noch grösseres Engagement der EKZ im Bereich der erneuerbaren Stromproduktion, beim Verkauf und der Beratung für erneuerbaren Strom sowie im Bereich von Energieeffizienz wünschenswert. Die hohe Beteiligung der EKZ und des Kantons von je gut 18 Prozent an der Axpo würden es zudem erlauben, dass diese beiden Aktionäre gemeinsam die Axpo-Politik nachhaltiger ausrichten könnten in Richtung einer deutlichen Förderung der erneuerba-

ren Energien und der Energieeffizienz. Zurzeit wird dies leider unterlassen. Wir fordern von beiden Akteuren ein stärkeres nachhaltiges Engagement.

Die Grünliberalen werden den 102. Geschäftsbericht der EKZ und die Rechnung 2009/2010 genehmigen und danken den Verantwortlichen für die geleistete Arbeit und den guten Abschluss im letzten Jahr.

Werner Bosshard (SVP, Rümlang): Die EKZ bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Strompreis, Kundennutzen, Investitionen und interner Effizienz. Das Geschäftsjahr war geprägt durch hohe Investitionen, welche nicht vollständig aus dem Cashflow bezahlt werden konnten. Das ist eigentlich eine ungesunde Situation, kann aber in diesem speziellen Fall gut hingenommen werden. Mit diesen hohen Investitionen wird nämlich die stetig wachsende Bevölkerung mit Strom versorgt. Damit wird auch aus 100 Jahren Monopolbetrieb angehäuften überschüssigen Liquidität abgebaut. Es ist geplant, in Zukunft Investitionen und Cashflow wieder in ein gesundes Gleichgewicht zu bringen. Die EKZ müssen sich nämlich auch rüsten für eine Zukunft in einem liberalisierten Markt.

Zu Kollege Jean-Luc Cornaz möchte ich noch sagen: Kollege Andrea von Planta und ich waren damals nicht dabei und Lernfähigkeit ist nicht mit Wendehals zu verwechseln.

Abschliessend empfehle ich, zusammen mit mir und der SVP-Fraktion den Geschäftsbericht 2009/2010 zu genehmigen und von der vorgeschlagenen Gewinnverwendung Kenntnis zu nehmen. Dem Verwaltungsrat und dem Personal danke ich für den Einsatz im Berichtsjahr.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur): Wir haben jetzt vieles gehört über die positiven Leistungen und Initiativen der EKZ. Ich möchte einen etwas kritischeren Kontrapunkt setzen. Ich denke, als Oberaufsichtsorgan sind wir auch gehalten, uns über die strategische Ausrichtung Gedanken zu machen. Und da, muss ich sagen, bin ich mit den EKZ überhaupt nicht zufrieden. Wenn ich nachlese, was in der Verfassung, was im Gesetz vorgegeben ist, dann steht da, dass die EKZ zu sorgen haben für eine sichere, wirtschaftlichere und – im Gesetz steht noch – umweltgerechte Stromversorgung des Kantons Zürich.

Stromversorgung ist ein langfristiges Geschäft. Wenn die EKZ nun aber weitestgehend auf ein Pferd setzen, nämlich auf Atomstrom, dann ist das hochriskant, nicht nur unter ökologischen Aspekten, son-

dem auch aus unternehmerischer Sicht betrachtet. Ich denke, in diesem Punkt ist die EKZ-Politik, die EKZ-Strategie nicht gesetzes- und nicht verfassungskonform. Ich möchte das mit einem Beispiel begründen: Ein überparteiliches Komitee sammelt im Moment für eine Initiative mit Titel «Strom für morn». Ich habe auf der Gasse in den letzten Wochen für diese Initiative Unterschriften gesammelt. Ich sage Ihnen, das wird kein Problem sein, diese Unterschriften zusammenzubringen. Die ist mehrheitsfähig. Die ist mehrheitsfähig beim Volk, sie wird auch im neuen Kantonsrat mehrheitsfähig sein. Man mag das nun gut finden oder nicht, aber im Resultat heisst das für die EKZ, dass sie damit rechnen müssen, dass der Kanton eine Auflage macht, eine Auflage, wie sie in der Initiative vorgesehen ist, also ein Umstieg auf erneuerbare Stromproduktion, die bis 2035 erfolgen muss. Darauf müssen sich die EKZ vorsehen.

Ich denke, wir müssen nun alle Kräfte und Mittel auf die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz konzentrieren. Geld und Geist braucht die Atomwirtschaft nur noch für die Stilllegung der AKW und die radioaktiven Abfälle. Die Energiewende wird so oder so kommen. Je später wir die Kurve kriegen, umso schmerzhafter wird sie. Von den EKZ erwarten die Grünen, dass sie sich aktiv daran beteiligen, damit wir das Ziel erreichen, die Stromversorgung ausschliesslich mit erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Auch im eigenen Interesse müssen sich die EKZ das strategische Ziel nur erneuerbaren Stroms setzen. Die Marktöffnung wird diejenigen, welche die Entwicklung verschlafen haben, erbarmungslos bestrafen. Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte. Die Grünen möchten nicht, dass das die EKZ trifft.

Rolf Sägesser, Verwaltungsratspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: Gestatten Sie mir zuerst ein paar Gedanken zum Unternehmen. Anschliessend werde ich mich zu einigen der gestellten Fragen und gefallen Kommentaren äussern.

Wichtig ist ja, dass es dem Unternehmen gut geht, und dem ist so. Die Fakten und Zahlen ersehen Sie aus dem Geschäftsbericht, sie wurden Ihnen zudem in wichtigen Punkten von der Kommissionspräsidentin kommentiert. Wir sind nicht nur zufrieden mit dem Finanzbericht, sondern auch mit der Art der operativen Leistungen. So erweist sich zum Beispiel der intensive Netzerhalt und -ausbau in einer Zeit des anhaltenden Siedlungswachstums als eine Investition zum genau rich-

tigen Zeitpunkt. Apropos Wachstum: Die EKZ bauen neue Netze in einem Umfang, welcher alle zwei Jahre dem Netz der Stadt Kloten entspricht.

Die zweite Genugtuung haben wir mit den operativen Erfolgen auf dem Gebiet der neuen Themen, der erneuerbaren Energien und neuen Dienstleistungen. Seit ein paar Jahren gehören die EKZ zu den innovativen Machern und haben sich den Respekt über die Kantonsgrenze hinaus erworben. Im Geschäftsbericht auf den Seiten 8 bis 17 finden Sie eine Auswahl an Beispielen dieser Tätigkeiten.

Angesichts der allgegenwärtigen Energiediskussion aufgrund der dramatischen Ereignisse in Japan verblasst aber der Glanz eines jeden Geschäftsberichts – notabene über ein Geschäftsjahr, das nun mehr als ein halbes Jahr zurückliegt. Ich möchte mich deshalb ebenfalls mit ein paar Gedanken zum Ausblick, zur Zukunft äussern. Seit dem 11. März 2011 hat sich die Welt verändert, so könnte man meinen. Genaugenommen hat sich erst die Wahrnehmung geändert. In welchem Ausmass eine Änderung im Bereich der Zurverfügungstellung von Strom und andererseits eine Änderung unserer Ansprüche möglich sein werden, werden wir sehen. Auf jeden Fall liegt da die Herausforderung, da bin ich einverstanden mit allen Rednern. Da eine sichere, nachhaltige und wirtschaftliche Stromversorgung für den Kanton Zürich die Kernaufgabe der EKZ ist, möchte ich kurz auf die Einflussfaktoren eingehen, welche für unser Unternehmen ausschlaggebend sind. Es sind dies erstens die Politik, zweitens die Strategie und Lieferfähigkeit unserer Vorlieferantin Axpo und drittens der eigene Handlungsspielraum der EKZ.

Zu Punkt 1, der Energiepolitik: Die Ereignisse in Japan werden direkte Auswirkungen auf die zukünftige energiepolitische Weichenstellung der Schweiz haben. Vergessen wir nicht, dass darin zunehmende Vorgaben der EU dazukommen. Einfache Lösungen werden nicht möglich sein, es gibt keinen Königsweg. Nur schon deshalb kann eine neue Energiepolitik nicht von heute auf morgen definiert werden. Man darf gespannt sein, wie die durch das UVEK (*Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation*) bis im Juli 2011 zu aktualisierenden sogenannten Energieperspektiven aussehen werden. Es wird Sache der Politik sein, energiepolitische Weichen zu stellen, und es wird Sache der Elektrizitätswirtschaft sein, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Entscheidungsgrundlagen zu liefern. In diesem Kontext werden die EKZ, wie schon bisher, ihren Beitrag leisten.

Zweitens, die strategischen Herausforderungen an unsere Vorlieferantin Axpo: Neben der Politik stehen die Unternehmen, die Strom produzieren, massgeblich in der Verantwortung. Sie werden ihre Strategien überdenken und nach angepassten Lösungen suchen müssen. Für uns ist dies die Axpo, die übrigens aus unserer Sicht in den ersten Tagen nach dem Unfall sehr umsichtig gehandelt hat. Für die EKZ wie auch die übrigen nordostschweizerischen Kantone wird die Qualität der strategischen Festlegung und Massnahmen der Axpo zur mittelfristigen Strombeschaffung und Preisgestaltung zentral sein. Als grosser Aktionär und grösster Strombezüger unterstützen wir selbstverständlich die Axpo bei der Lösung der Herausforderungen von innen. Aufgrund der Ereignisse in Japan ist die effizienteste Option für Grosskraftwerke zumindest auf absehbare Zeit weggefallen. Dabei verlangt nur schon das jährliche Wachstum des Strombedarfs infolge Bevölkerungs- und Siedlungszuwachses, infolge Substitution im Wärmemarkt sowie wachsender Mobilität eine Antwort zur zukünftigen Bedarfsdeckung. Für eine sichere Versorgung mit Strom wird es deshalb neben den Hydrokraftwerken weitere Grosskraftwerke brauchen. 70 Prozent Nuklearstromanteil im Winter substituiert man nicht von einem Tag auf den andern.

Punkt 3, EKZ-eigene Initiativen: Wie eingangs erwähnt, sind die EKZ bereits sehr stark und aktiv in den neuen Themenbereichen engagiert. Damit sind fachliche Kompetenzen in Energietechnik, im Projektmanagement und Vertrieb vorhanden. Entsprechend unserer Unternehmensgrösse ist auch eine recht hohe Innovationskraft und Kooperationsfähigkeit vorhanden. Wie weit im eigenen unternehmerischen Spielraum der EKZ einerseits die Energieeffizienz und andererseits der Ausbau der neuen erneuerbaren Energien weiter gesteigert werden können, werden gegenwärtig Geschäftsleitung und Verwaltungsrat prüfen. Bereits im vergangenen Jahr wurde zudem ein Projekt gestartet, mit dem die EKZ den Zubau von neuen erneuerbaren Energien im Inland und vor allem im Ausland massiv ausbauen werden. Der Verwaltungsrat hat die entsprechenden Mittel bereits freigegeben. Aufgrund von laufenden Vertragsverhandlungen kann ich dazu jedoch noch keine konkreten Angaben machen, bin aber sicher, dass Sie die ersten Beispiele für erfolgreiche Deals im Laufe der nächsten Monate in der Presse werden nachlesen können.

Ich komme zum Schluss. Trauen sich die EKZ denn die unternehmerische Fitness zu, auf die sich möglicherweise stark verändernden Rahmenbedingungen zu reagieren, die sie wenn möglich proaktiv mitzu-

gestalten hat? Da kann ich mit Überzeugung Ja sagen. Meine Überzeugung beruht nicht nur darauf, dass wir bereits in den genau richtigen Themen engagiert sind, sondern auch darauf, dass es den EKZ in den vergangenen Jahren durch eine weitere Professionalisierung im Finanzbereich gelungen ist, zwischen den einzelnen Sparten Transparenz hinsichtlich Effizienz zu schaffen und Quersubventionierungen zu verhindern. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Unternehmens.

Ich bin im Übrigen überzeugt, dass nicht politische Gesetzesarbeit und Emsigkeit den Weg weisen werden. Es ist die Gesellschaft, es sind die Strombezüger, die Strombezügergruppen, es sind die Menschen, die die gewünschte Qualität des Produktes auswählen und damit den energiepolitischen Kurs prägen werden. Die voranschreitende Strommarktkliberalisierung ist da nur zu begrüßen. Die EKZ verfolgen diese Entwicklung schon lange genau und sind in bestem Kontakt zu den Kundenbedürfnissen, nicht zuletzt wegen der Eltop.

Damit bin ich am Schluss meines Ausblicks und komme zurück zum Geschäftsbericht. In dem Zusammenhang möchte ich der Kommissionspräsidentin für die Würdigung des Geschäftsberichts und den Mitgliedern der Kommission für die sehr erspriessliche Zusammenarbeit während des ganzen Jahres bestens danken. Danken möchte ich auch den Rednern aus den Fraktionen für die wohlwollenden, auch positiv-kritischen Stellungnahmen zum Geschäftsbericht. Ich gebe diese Anerkennung aus dem Rat gerne weiter und nehme meinerseits die Gelegenheit wahr, der Geschäftsleitung und den Mitarbeitenden der EKZ für ihren Einsatz sowie meiner Kollegin und meinen Kollegen im Verwaltungsrat für die gute Zusammenarbeit zu danken.

Ich komme jetzt noch kurz zu zwei, drei Anmerkungen oder gestellten Fragen. Zu Andrea von Planta: Vor ein paar Jahren war ein Rückzug aus dem Eltop-Geschäftsbereich praktisch beschlossene Sache. Dann kam aber die beginnende Marktkliberalisierung mit anderen Kundenfragen, Kundenverhalten, gleichzeitig mit der technologischen Erneuerung im ganzen Bereich, sodass es plötzlich wieder eine ganz andere Beurteilungsbasis gab über den Wert der Eltop. Als wir dann zur Kenntnis nehmen mussten, dass die grösste Firma Alpiq alles daran setzt, Installationsgeschäfte aufzukaufen, damit sie den ganz breiten Kundenkontakt hat, mussten wir uns in der Denkweise der Axpo-Gruppe – das ist schliesslich unsere Verantwortung – auch überlegen, ob wir das richtig machen. Wir sind aber völlig einverstanden, dass es zum Teil eine unbefriedigende Situation ist, möchten aber keinen

Schnellschuss machen. Persönlich stelle ich mir vor, dass diese Eltop-Geschäfte bald einmal nicht mehr Bügeleisen verkaufen, sondern eine Boutique für Energiespartipps und Beratung sind. In diese Richtung wird es gehen müssen. Was die Offenlegung der Spartenergebnisse betrifft, das nehmen wir auf.

Zum Axpo-Einfluss Folgendes: Zur Erinnerung, vor 100 Jahren hat man im Sinne eines Zweckverbands unter sieben ostschweizerischen Kantonen die NOK gegründet, um Grossrisiken auszulagern. Diese Geschäftslogik ist heute noch tragbar. Warum dies nicht so trennen? Man hat diese Grossrisiken ausgelagert. Wir nehmen dort den Einfluss wahr und wir machen darüber hinaus mehr als nötig. Bei all diesen neuen erneuerbaren Themen könnten wir uns gemäss NOK-Gründungsvertrag zurücklehnen und sagen «Das ist alles Axpo-Sache, wir vertreiben am Schluss einfach den Strom». Das tun wir ja nicht. Wir wollen eigene Kompetenzen aufbauen und sind seit ein paar Jahren sehr erfolgreich dabei. Das hat noch einen interessanten Nebenaspekt: Abgesehen vom operativen Beitrag ans Geschäft gibt es dabei einen enormen Aufbau an Know-how und Kompetenz und wir können einer Axpo auf Augenhöhe begegnen bei der Gestaltung, bei der Forderung, bei der Bestellung. Das ist nämlich eine sehr wichtige Voraussetzung, nur so können Sie Einfluss nehmen. Und wir werden den Einfluss wahrnehmen.

Damit bin ich am Ende. Maria Rohweder, zu dieser Stossrichtung: Wir sind heute an unseren finanziellen und personellen Grenzen, was wir in der Grösse unserer Firma machen können. Noch einmal, wenn Sie auf den Seiten 8 bis 17 sehen, wo wir überhaupt tätig sind: Wir müssen heute auch aufpassen, dass wir unsere Kräfte nicht zersplittern. Wir müssen also auch den Blick aufs Wesentliche richten. In dieser sehr spannenden Situation sind wir.

Also noch einmal besten Dank für die Unterstützung, die ich herausgehört habe. Ich bitte Sie auch, dem Antrag auf Verabschiedung zu entsprechen. Besten Dank.

Detailberatung

Titel und Ingress

I., II., III. und IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 154 : 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung), die Rechnung und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2009/2010 zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Bewilligung eines Objektkredites für den Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich

Antrag des Regierungsrates vom 24. November 2010 und geänderter Antrag der KPB vom 8. März 2011 [4745a](#)

Ratspräsident Gerhard Fischer: Ziffer I untersteht der Ausgabenbremse.

Thomas Hardegger (SP, Rümlang), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Der Regierungsrat beantragt einen Objektkredit über 11,145 Millionen Franken für den Ersatzneubau an der Stampfenbachstrasse 28/30. Es ist in der KPB unbestritten, dass ein Ersatzneubau an der Stampfenbachstrasse 28/30 für den Kanton am günstigsten ist. Ebenfalls unbestritten ist das Raumprogramm dieses Baus, der neben einer gesonderten Erdgeschossnutzung von der Gesundheitsdirektion genutzt werden wird. Die Gesundheitsdirektion muss ihre Miete an der Obstgartenstrasse bis Frühjahr 2013 aufgeben. So ist eine gewisse Dringlichkeit zum Beschluss des Kredits gegeben. Alles in allem ist der Ersatzneubau an der Stampfenbachstrasse für die 120 Arbeitsplätze des Stabs der Gesundheitsdirektion eine kostengünstige Alternative zur Miete.

Mit dem Stichwort «Kosten» kommen wir nun zu den Differenzen in der Kommission, die dann auch zu einem Minderheitsantrag geführt haben. Der Bau soll auf Antrag der Regierung im Minergie-ECO-Standard erstellt werden. Minergie P wurde jedoch einst auch als Option geplant und auch gerechnet. Er sollte mit Zusatzinvestitionen von 340'000 Franken erreicht werden können. Die Mehrheit der Kommission ist mit den Fachleuten der Baudirektion der Ansicht, dass mit

dem beantragten Projekt, das lediglich den Minergie-ECO-Standard erfüllt, das Geld optimal eingesetzt wird. Denn man erreicht beinahe die Anforderungen an Minergie P. Die kleine Differenz zu Minergie P könnte nur mit einem unverhältnismässigen Kostenaufwand und wegen der aufwendigeren Dämmung mit dem Verlust von 45 Quadratmetern an Nutzfläche erreicht werden. Die Mehrheit der Kommission findet wie die Regierung auch die Mehrkosten für den relativ geringen Energiegewinn nicht gerechtfertigt.

Die Kommission hat sich intensiv mit den Einzelheiten der unterschiedlichen Berechnungen von Kosten und Energiekennzahlen auseinandergesetzt. Die Minderheit der KPB ist der Ansicht, dass der Kanton an diesem Objekt, das für die Energieeffizienz fast ideal würfelförmig ist, sich ohne Weiteres als sehr fortschrittlicher Bauherr zeigen könnte, zumal es von unsicheren Annahmen über Energiepreisteigerung, Teuerung und Zinsentwicklung abhängt, ob das Gebäude in 40, 60 oder 80 Jahren wirtschaftlich werde. Insgesamt werden die Mehrkosten von 340'000 Franken angesichts des Mehrwertes an Energieeffizienz als vertretbar betrachtet und der Verlust von 45 Quadratmetern Nutzfläche führe nicht dazu, dass weniger Arbeitsplätze eingerichtet werden könnten.

In meiner Rolle als Präsident der vorberatenden Kommission empfehle ich dem Rat, den Mehrheitsantrag zu unterstützen.

Bruno Grossmann (SVP, Wallisellen): Der beantragte Objektkredit für den Ersatzneubau des Bürohauses an der Stampfenbachstrasse 28/30 gehört ohne Zweifel zu den Projekten, bei denen Kosten und Nutzen in einem guten Verhältnis stehen. Bei vielen in den letzten Jahren zu beurteilenden Projekten war das nicht immer so klar der Fall. Der Ersatzneubau erfüllt die Zielsetzung der bestmöglichen Nutzung der zentralen und wertvollen Lage. Das in Minergie-ECO geplante Bürogebäude schöpft die baurechtlichen Nutzungsmöglichkeiten voll aus und erfüllt auch deshalb die Kriterien der Wirtschaftlichkeit. Das gute Verhältnis zwischen Verkehrswert und Erstellungskosten und die relativ tiefen Kosten pro Arbeitsplatz belegen die gute Wirtschaftlichkeit. Die Büroflächen werden marktkonform erstellt und entsprechen auch bezüglich Konzeption und Standard den Ansprüchen der Privatwirtschaft. Sowohl gestalterisch wie energetisch überzeugt das Bauprojekt und erfüllt damit auch die hohen Anforderungen, die sich der Kanton in diesen Bereichen selber auferlegt. Die Investitionskosten von

11'145'000 Franken können als angemessen beurteilt werden, handelt es sich um einen Ersatzbau, der unter engen Platzverhältnissen realisiert werden muss, was mit vermehrten Umtrieben und höheren Baukosten verbunden ist.

Die Unterbringung der Nutzung der Gesundheitsdirektion in der eigenen neuen Liegenschaft ist gegenüber der heutigen Mietliegenschaft die wesentlich günstigere und damit die wirtschaftlichere Lösung. Bei einer Barwertbetrachtung schliesst die Neubaulösung um rund 7,4 Millionen Franken besser ab, als für eine Mietlösung in der bisherigen Form benötigt würde. Das heute bestehende Gebäude, das bis 2007 von der Zentralverwaltung genutzt wurde, soll neu der Gesundheitsdirektion für die Büros des Generalsekretariates zur Verfügung stehen. Diese Lösung erfüllt auch die Zielsetzung, die Amtsstellen möglichst in der Nähe der Zentralverwaltung unterbringen zu können. Die Bereitstellung der Büroflächen drängt, da die Mietliegenschaft, in der heute das Generalsekretariat untergebracht ist, dem Kanton per Frühjahr 2013 gekündigt wurde.

Noch einige Anmerkungen zur Ökologie: Die Anforderungen an einen effizienten Umgang mit den Ressourcen sowohl im Betrieb als auch in der Erstellung werden vollumfänglich erfüllt. So wird zum Beispiel die Fassadenhaut mit einer Kalksteinplatte auf Recyclingglas erstellt, was wenig graue Energie benötigt. Die Ausführung in Minergie P, wie im Minderheitsantrag verlangt, mit Mehrkosten von 340'000 Franken, ist weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Mindereinnahmen von 17'400 Franken jährlich für 45 Quadratmeter verlorene Nutzungen stehen Energieeinsparungen von rund 2500 Franken gegenüber. Mit den 340'000 Franken Mehrkosten kann die Baudirektion an einer anderen älteren Liegenschaft des Kantons wärmetechnische Verbesserungen anbringen, die ein Vielfaches – ein Vielfaches – gegenüber den Energieeinsparungen bei diesem Projekt bewirken, und das erst noch in der eigenen Kompetenz des Regierungsrates.

Ich bitte Sie im Namen der SVP, dem Kredit von 11,145 Millionen Franken zuzustimmen und den Minderheitsantrag abzulehnen. Ich danke Ihnen.

Monika Spring (SP, Zürich): Das Projekt ist unbestritten, es ist ein Ersatzneubau, der aus einem Wettbewerb hervorgegangen ist. Wir haben es gehört, es ist eine ideale Voraussetzung vorhanden, um einen energetisch sehr guten, pionierhaften Bau vonseiten des Kantons zu

erstellen. Ich werde nachher dann beim Minderheitsantrag noch über die konkreten Aspekte von Minergie P sprechen, hier einfach das Grundsätzliche:

Wir finden es ausserordentlich schade, dass, wenn man schon die Gelegenheit hat, einen optimal gedämmten Bau zu erstellen, diese Gelegenheit nicht wahrnimmt und dass man es in einem Moment nicht macht, in dem ganz klar vom Regierungsrat her signalisiert worden ist, dass in Zukunft bei Neubauten Minergie P geprüft werde, denn er hat den klaren Auftrag vom Kantonsrat erhalten, dies zu tun, und zwar mit der Entgegennahme meiner Motion (62/2008) aus dem Jahr 2008, die ich auf Anraten von Regierungsrat Markus Kägi in ein Postulat umgewandelt habe, weil er gesagt hat «Wir machen das ja eh schon». Es ist eine Frage von Treu und Glauben, dass in einem solchen Moment genau das auch gehalten wird, was vonseiten Regierung versprochen wird, nämlich bei Neubauten, die sich dafür eignen, Minergie P zu realisieren. Ich hoffe sehr, dass wir in Zukunft die Vorlagen auch so erhalten, dass bei geeigneten Bauten Minergie P eingesetzt wird. Der Kanton hat hier eine ganz wichtige Vorbildfunktion, und ich denke, gerade auch im jetzigen Moment ist es ganz wichtig, hier auch Zeichen zu setzen. Ich bitte Sie daher, nachher, wenn wir über den Minderheitsantrag diskutieren, diesem Minderheitsantrag für die besser gedämmte Variante zuzustimmen. Ich danke Ihnen.

Carmen Walker Späh (FDP, Zürich): Auch seitens der FDP war die Vorlage von Anfang an nicht umstritten. Das vom Kanton 1962 erworbene Gebäude aus dem Jahr 1882 kann nur mit unverhältnismässigem Aufwand erneuert werden, womit sich ein Neubau tatsächlich aufdrängte. Auch das Bauvolumen ergibt sich aufgrund der klaren baugesetzlichen Vorgaben, insbesondere des besonderen Standortes zwischen den beiden Strassen Stampfenbachstrasse und Hochfarbstrasse. Auch die Kosten haben wir überprüft gemäss BKP (*Baukostenplan*) und SIA-Vorgaben (*Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverband*) und wir halten diese für vertretbar. Selbst in diesem Fall, auch was den Architekturwettbewerb betrifft, können wir sagen, dass ein Gebäude an diesem exponierten Standort die Durchführung eines Wettbewerbs tatsächlich rechtfertigt. Als einzigen Luxus haben wir die vorgehängte Kalksteinplatten-Fassade betrachtet. Im Rahmen der Arbeit der KPB wurde uns jedoch versichert, dass das Immobilienamt auf diese Kosten ein Auge halten wird. Darauf werden wir das Amt behaften.

Sorgen gemacht hat der FDP der Umstand, dass durch den in der KPB verlangten Minergie-Standard P jährliche Mindereinnahmen von 17'400 Franken entstehen und dadurch auch eine Mindernutzung von circa 45 Quadratmetern. Denn diese Kosten werden durch die theoretischen Energieeinsparungen nicht kompensiert, das muss man sagen. Allerdings sind die Zusatzkosten mit 380'000 Franken relativ gering, sie machen nur circa 3 Prozent aus. Hinzu kommt für uns, dass wir einen veritablen Streit um die ganze Diskussion der Minergie-Label führen. Da gibt es auch eine neue Diskussion an der ETH. Hier glauben wir, dass wir noch Erklärungsbedarf haben. Was ist nun tatsächlich die am meisten energieoptimierte Version der Bauweise? Ich sage dies ganz bewusst, um zu erklären, warum wir dem gegenüber zwar eine gewisse Skepsis haben, aber trotzdem am Schluss zum Resultat gekommen sind – und dies nach einer intensiven internen Auseinandersetzung –, dass wir dem Minderheitsantrag von Martin Geilinger unterstützen, und zwar aus folgenden Punkten:

Erstens: Es ist nun mal so, dass der Regierungsrat die Energieeffizienz als Legislaturziel aufgeführt hat. Dieses Ziel unterstützen wir voll und ganz.

Zweitens: Es ist auch so, dass für uns der Regierungsrat, der Kanton Zürich, wenn er baut, eine Vorbildfunktion hat, was das energetische Bauen anbelangt. Und es ist nun mal so, dass wir hier von einem Neubau sprechen. Deshalb wollen wir, gerade wenn man neu baut, auch die besten Standards setzen.

Drittens: Die FDP hat auch mit ihrer Volksinitiative fürs energetische Sanieren aufgezeigt, dass es ihr mit dem Einsatz von neuen, fortschrittlichen Technologien im Gebäudebereich sehr ernst ist. Dem Umgang mit der Bausubstanz kommt im Zusammenhang mit der ganzen Klimadebatte eine absolute Schlüsselrolle zu.

Und viertens: Dieser Einsatz darf etwas kosten, denn gratis gibt es im Leben nun mal einfach nichts. Und es ist richtig, dass wir jetzt ins ökologische Bauen investieren. Die 340'000 Franken Mehrkosten für eine bessere Dämmung sind für uns gut investiert, auch wenn wir den Nutzflächenverlust bedauern. Aber dieser ist, wenn man konsequent sein will, hinzunehmen.

Fazit: Die Priorität liegt heute klar beim Bauen mit höchsten Umweltstandards und diese Botschaft möchten wir heute der Baudirektion und dem Hochbauamt mit auf den Weg geben. Die FDP tritt somit auf

die Vorlage ein und wird den Minderheitsantrag unterstützen. Besten Dank.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur): Ich spreche gleich zur Vorlage an sich und zum Minderheitsantrag. Zur Vorlage selbst haben Sie vieles gehört, positive Würdigungen, denen ich mich anschliessen möchte. Vielleicht nur noch Folgendes: Etwas bedauerlich finde ich, dass es nicht gelungen ist, sich mit den Nachbarn zu einigen, vor allem nicht mit der BVK, dass man die Gebäude zusammengebaut hätte. Das hätte auch energetisch bezüglich der Nutzflächen noch weitere Vorteile gebracht. Aber das ist offenbar nicht gelungen, das nehmen wir zur Kenntnis. Das ändert nichts daran, dass das Projekt an sich sinnvoll ist.

Wir beantragen, das Projekt in Minergie P auszuführen. Dafür sind zusätzlich 340'000 Franken zu bewilligen. Das Bauvorhaben wurde ursprünglich im Minergie-P-Standard geplant. Die nachträgliche Reduktion des energetischen Standards auf Minergie ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll. Das Projekt Stampfenbachstrasse ist ideal für Minergie P. Wir haben es bereits vom Präsidenten der Kommission gehört, es ist praktisch ein Würfel. Das bringt geometrisch sehr viele Vorteile, weil eben die Oberfläche relativ klein ist zum Inhalt. Minergie P kann daher mit kleinerem Aufwand erreicht werden als in manchem anderen Projekt. Die Mehrkosten betragen nur 3 Prozent. Das ist wesentlich weniger, als üblicherweise gerechnet werden muss.

Mit den eingesetzten Mitteln kann hier viel bewirkt werden. Der Kanton kann mit wenig Aufwand erste Erfahrungen mit einem integralen Minergie-P-Gebäude sammeln. Ich möchte darauf hinweisen: Private Bauherren, unter anderem auch unsere Baugenossenschaft, haben schon reihenweise Minergie-P-Bauten realisiert, der Kanton hat noch keinen einzigen realisieren können bis jetzt. Das Gebäude soll die zentrale Verwaltung der Gesundheitsdirektion beherbergen. Gerade für diesen Zweck wäre ein immissionsarmes Gebäude doch sehr passend.

Minergie P ist bezogen auf die Lebensdauer des Gebäudes im Bereich der Wirtschaftlichkeit. Ob dies nach 40, 60, 80 oder 100 Jahren der Fall ist, hängt von den unsicheren Annahmen über die Energiepreiserhöhung, die Teuerung, die Zinsen ab. Die Wirtschaftlichkeit ist daher weder ein Argument für noch gegen Minergie P.

Der Kanton würde einem privaten Bauherrn empfehlen, das Gebäude in Minergie P zu realisieren. Aus dem kantonalen Gebäudeprogramm würde der Kanton einem Privaten einen Beitrag von 150'000 Franken leisten. Es ist hochgradig inkonsequent, wenn der Kanton selbst nicht macht, was er einem privaten Bauherrn empfiehlt. Wenn auf Minergie P verzichtet würde, reduzierte sich die Dämmstärke um acht Zentimeter, die Büros würden also gegen aussen um ganze acht Zentimeter grösser. Dadurch veränderten sich die Grundrisse – ich zitiere die Baudirektion – in Bezug auf die Raumaufteilung nur unwesentlich. Es würde kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen. Die Fläche pro Person würde einfach von 14,2 auf 14,5 Quadratmeter erhöht. Es ist auch überhaupt nicht so, dass irgendwelche Mindereinnahmen dadurch entstünden. Die jährlichen Kosten des Kantons für das Gebäude und pro Arbeitsplatz werden durch diese Nutzflächenveränderung weder erhöht noch reduziert; ausser dass die Reinigungskosten erhöht würden – die 40 Quadratmeter, die man gewinnen würde, müssten schliesslich auch geputzt werden.

Das Gebäude wird mit Fernwärme geheizt. Diese Fernwärme wird mit einer Wärmepumpe produziert, welche mit Strom betrieben wird. Liebe CVP, nachdenken über einen Atomausstieg ist recht und gut und wichtig. Noch wichtiger ist aber, real sich bietende Gelegenheiten zu nutzen, um Strom zu sparen. Hier bietet sich Ihnen eine Gelegenheit, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Die Grünen bitten Sie, unserem Minderheitsantrag zuzustimmen. Es reicht nicht, nur von Energieeffizienz zu reden, wir müssen sie auch realisieren. Leisten Sie einen Tatbeweis, den Sie so schnell nicht wieder so billig erbringen können.

Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon): Wir blicken auf eine bewegte Zeit zurück: der Krieg in Libyen, das Erdbeben und dessen Folgen in Japan sowie das Wahlwochenende. Diese Ereignisse haben auch auf die Geschäfte des Kantonsrates ausgestrahlt und haben einige Spuren in den Fraktionen hinterlassen, nicht zuletzt auch auf das zur Diskussion stehende Geschäft. Insofern scheint mir, dass hier heute verschiedeneorts die Frage gestellt wird: Stimmen wir so, wie wir es als richtig erachten, oder stimmen wir so, wie wir glauben, am besten in der Gunst der Wähler zu stehen? Ich meine, unser Mandat besteht darin, uns nach bestem Wissen und Gewissen für das einzusetzen, was wir als richtig erachten. Insofern erachte ich es als meine Aufgabe, auch

Meinungen, die im Trend liegen, kritisch zu hinterfragen. Nicht alles, was grün aussieht, ist auch wirklich grün.

So haben auch dieses Geschäft und der Antrag der Grünen durchaus zwei Seiten. Was spricht für den Antrag der Grünen und damit dafür, den Minergie-Standard auf Minergie P ECO auszudehnen und hierfür weitere 340'000 Franken auszugeben? Das Hauptargument ist die Vorreiterrolle, die der Kanton betreffend Energieeffizienz und Klimaschutz einnehmen sollte. Ferner wird von den Befürwortern auch immer wieder betont, dass sich die Energieeinsparungen sehr kostengünstig realisieren lassen, da das Gebäude ein ideales Verhältnis zwischen Oberfläche und Volumen habe, was dafür sprechen müsste, dass sich Minergie P eigentlich sehr kostengünstig realisieren lassen sollte. Inwieweit hat es jedoch Vorbildcharakter, ein Projekt zu unterstützen, in welchem Kosten und Nutzen nur sehr bedingt in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen?

Was spricht gegen den Antrag der Grünen? Die zusätzliche Dämmung führt einerseits zu einem Verlust der Nutzfläche von 45 Quadratmetern. Wir sprechen hier von einer Fläche, die sich an einer sehr kostbaren Lage befindet. Grundsätzlich müssen wir uns hier drei Fragen stellen: Kann man auf dieser Fläche und deren Mieteinnahmen verzichten? Wenn nicht, wie viel Energie und Material werden für den Ersatz der Fläche und deren Unterhalt benötigt und wie viel kostet dieser Ersatz?

Zu guter Letzt möchte ich an dieser Stelle auch noch auf die Entwicklung im Bereich Minergie zu sprechen kommen. Ist Minergie P ECO heutzutage wirklich noch das Mass aller Dinge? Hat die Wirtschaft nicht längst neue Erkenntnisse gezogen, welche in das Projekt anstelle von Minergie P ECO einfließen sollten? Ende letzten Jahres hat das Departement Architektur der ETH ein Positionspapier vorgestellt, welches die Maxime der undurchlässigen Gebäudehülle infrage stellt und stattdessen die Energiespeicherung als zentrales Element für einen wirkungsvollen Klimaschutz ins Zentrum stellt. Verschiedene Projekte orientieren sich deshalb an neueren Labels, so zum Beispiel auch das letzte Woche vorgestellte Projekt Limmat-Tower. Das Optimum in Bezug auf energieeffizientes Bauen ist also noch nicht erreicht, und ich würde es begrüßen, diese Diskussionen in die Bauplanung auch neuerer Projekte einfließen zu lassen.

Sie sehen, wir haben uns in der Meinungsbildung nicht nur auf das abgestützt, was gerade populär ist, sondern hinterfragt, ob dies auch

wirklich sinnvoll ist. Ich persönlich habe erhebliche Zweifel, ob die zusätzlichen 340'000 Franken wirklich sinnvoll in den Klimaschutz investiert wären und ob die damit verloren gehenden 45 Quadratmeter nicht andernorts wesentlich energieintensiver kompensiert werden müssten. Aus meiner Sicht taugt der Antrag der Grünen im besten Fall dazu, das eigene Gewissen zu beruhigen oder sich besser in die Gunst der Wähler zu stellen. Nicht unterlassen möchte ich es auch, darauf hinzuweisen, dass der Kanton auch bezüglich der Siedlungsentwicklung nach innen, das heisst dem haushälterischen Umgang mit Boden, eine Vorbildfunktion wahrnehmen sollte. Das bedeutet, wir müssen uns nicht nur darum kümmern, wie gebaut wird, sondern auch, wo eine höhere Ausnützung erzielt werden kann. Hier wäre es hilfreich, sich nicht nur auf die einzelne Parzelle zu fokussieren, sondern den Blick über die Parzellengrenze hinaus zu werfen. Diesbezüglich sehen wir einen mindestens so grossen Handlungsbedarf.

Wir werden dem Kredit zustimmen, den Antrag der Kommissionsminderheit jedoch ablehnen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Die Zweckmässigkeit vom Rückbau und Neubau ist bei diesem Geschäft wohl unbestritten. Hier handelt die Baudirektion vorbildlich. Ebenfalls vorbildlich ist der Entscheid, dass sie den Neubau mit dem Standard Minergie ECO bauen will. Wer nach dem Minergie-Standard bauen will, verpflichtet sich, auf einen rationellen Energieeinsatz und eine breite Nutzung von erneuerbaren Energien zu achten, und will damit gleichzeitig eine Verbesserung der Lebensqualität und eine Senkung der Umweltbelastung bewirken. Wer zusätzlich das Label Minergie ECO anstrebt, verpflichtet sich zudem zu einer gesunden und ökologischen Bauweise. Es dürfen nur Baumaterialien verwendet werden, die den Anforderungen dieses Labels genügen. Im Weiteren werden den Aspekten Licht, Lärm und Raumluftklima besondere Beachtung geschenkt. Soweit, so gut.

Nun fordert eine Minderheit der KPB, dass das Bauwerk zusätzlich zu den Standards Minergie und Minergie ECO auch noch das Minergie P erwerben soll. Wer nach Minergie P baut, baut ein Passivhaus. Im Zentrum stehen der Komfort von Gebäudenutzern sowie die Wirtschaftlichkeit und die Ästhetik. Zum erforderlichen Komfort gehören auch eine gute und einfache Bedienbarkeit der Gebäude beziehungsweise der technischen Einrichtungen. Wichtig ist, dass das gesamte Gebäude als ein integrales System betrachtet wird, das heisst Gebäu-

dehülle, Gebäudetechnik, Haustechnik mit Heizung, Lüftung, Warmwasseraufbereitung bis hin zu sämtlichen Elektrogeräten, die im Büroalltag eingesetzt werden. Wer sich für das Label Minergie P entscheidet, gilt als äusserst fortschrittlicher und innovativer Bauherr. Denn bei diesem Gebäudekonzept spiegelt sich die Spitze der bau- und haustechnischen Entwicklung. Wer mit Minergie P baut, muss fast ein wenig besessen davon sein, stets daran herumzutüfteln, wie man die Energieeffizienz noch mehr steigern kann. Ein solcher Bauherr überlegt sich ständig, wie er den Einsatz von erneuerbaren Energien noch forcieren kann. Wer mit Minergie P baut, zeichnet sich als innovativer Bauherr aus und gilt als Schrittmacher für die gesamte Baubranche. Ganz plakativ könnte man wohl sagen: Wer nach dem Minergie-Standard baut, betreibt Breitensport und hebt sich damit schon einmal positiv von der grossen Masse ab, die gar keinen Sport macht. Wer sich mit Minergie P befasst, bewegt sich im Bereich des Spitzensports und ist auf Höchstleistungen aus. Ein Beispiel: In diesen Wochen werden die Arbeiten am Verwaltungsgebäude Üetlihof der Credit Suisse beendet. Dieses Gebäude gilt nach Fertigstellung als das grösste Bürogebäude der Schweiz. Es bietet Raum für über 2000 Arbeitsplätze. Dieses 250 Millionen teure Gebäude wird nach dem Standard Minergie P gebaut. Damit kann sich die Credit Suisse als innovative Bauherrin profilieren. Es wäre also durchaus folgerichtig, dass der Kanton Zürich als Bauherr bei dieser Spitzengruppe mit dabei ist. Und tatsächlich, in seinem jüngsten Statement schreibt das Hochbauamt: «Als Ersteller nachhaltiger Bauten will das Hochbauamt Vorbild sein für Gemeinden und weitere öffentliche und private Bauherren.» Der Kanton will Vorbild sein für öffentliche und private Bauherren, nun da fällt mir Goethes Faust ein: «Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.»

Wenn man die Leistungsbilanz unserer Baudirektion betrachtet, findet man einen einzigen Bau nach dem Standard Minergie ECO und keinen Bau nach dem Standard Minergie P. Bei dieser dürftigen Datenlage kann es aber durchaus sein, dass ich mich irre. Ich lasse mich deshalb von unserem neu wiedergewählten Baudirektor Markus Kägi gerne korrigieren, falls ich hier falsche Zahlen genannt habe. Es stellt sich uns also die Frage, ob unser Kanton bereit und überhaupt in der Lage ist, in der Champions League von innovativen Bauherren mitzuspielen. Wir sind der Meinung, dass es dafür Engagement braucht, aber mehr als nur Worte auf dem Papier. Diese Tatkraft, dieses Engagement, diese Bereitschaft, auch Opfer zu bringen, um das bestmögli-

che Resultat zu erzielen, das vermissen wir bisher. Wenn ein Spitzensportler kein Spitzenresultat bringt, ist es falsch, ihm einfach mehr Geld zu geben und dann zu sagen «Jetzt mach es besser!». Wenn aber der Wille und die Bereitschaft stimmen, dann darf es nicht am Geld scheitern, damit ein Spitzenresultat erzielt werden kann. Die Frage, die sich uns also heute stellt: In welcher Liga der Bauherren spielt unsere Baudirektion mit? Soll sie mit möglichst wenig Aufwand das Optimum erreichen, dann bauen wir im Standard Minergie und Minergie ECO. Strebt sie aber nach dem Maximum und ist bereit, dafür einen zusätzlichen Aufwand in Kauf zu nehmen, dann muss der Neubau Stampfenbachstrasse nach dem Standard Minergie P ECO gewählt werden.

In der EVP-Fraktion waren wir uns lange nicht einig, wie sinnvoll es ist, dem Kanton zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen für eine Aufgabe, der er sich eigentlich gar nicht stellen will. Schlussendlich waren wir aber der Meinung: Lieber etwas wagen und es vielleicht nachher bereuen, als nichts wagen und es nachher bereuen. In diesem Sinne wird die EVP den Minderheitsantrag unterstützen.

Michèle Bättig (GLP, Zürich): Das Neubauprojekt Stampfenbachstrasse ist ein gutes Beispiel, wie im Kanton Zürich immer wieder Zielformulierungen auf dem Papier und tatsächliches Handeln auseinanderklaffen.

Erstens: In der Strategie der Baudirektion ist das Erstellen der Bauten nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit ein Schwerpunkt. Dazu gehört auch die Energieeffizienz als wichtiger Teilpunkt.

Zweitens: Eines der Legislaturziele der Baudirektion ist es, die CO₂-Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger zu senken. Im Weiteren ist es ein konkretes Ziel der Baudirektion, Bauten nach Minergie oder höherwertigen Standards zu erstellen.

Drittens: Gemäss Umweltpolitik Hochbauamt will das Hochbauamt Vorbild sein beim Erstellen von nachhaltigen Bauten. Es setzt dabei auf Energieeffizienz, Ressourcenschonung und Schadstofffreiheit.

Viertens: Gemäss Jahreszielen des Hochbauamtes sollen mindestens 50 Prozent der Neubauten bis und mit Phase Vorprojekt den Minergie-P-Standard erfüllen. Dies ist nur möglich, wenn fast alle neuen Projekte als Minergie-P-Projekte aufgelegt werden, da unter den laufenden Projekten keine bewilligten Minergie-P-Bauten sind.

Fünftens: Stand der energieeffizienten Bauten beim Kanton Zürich. Wir haben es schon gehört, es gibt bis heute keinen Minergie-P-Bau im Portfolio des Kantons und es gibt einen Minergie-ECO-Bau.

Zusammenfassend heisst das: In allen Papieren nimmt der Kanton für sich in Anspruch, dass er energetisch vorbildlich baut. Die Realität spricht aber eine andere Sprache. Während private Bauherren wie Implenia, CS und diverse Genossenschaften bereits viele Minergie-P-Bauten realisiert haben, hat der Kanton Zürich es noch nicht geschafft, auch nur einen einzigen Kredit für einen Minergie-P-Bau zu bewilligen. Eine solche Vorbildfunktion ist aus unserer Sicht nicht glaubwürdig.

Noch ein paar technische Aspekte zum Projekt. Teilweise – wir haben es gehört – wird das Argument vorgebracht, durch die zusätzliche Dämmung für Minergie P gehe zu viel Fläche verloren. Durch die zehn Zentimeter dickere Dämmung des Minergie-P-Projektes gehen im gesamten Gebäude circa 50 oder sogar nur 45 Quadratmeter Nutzfläche verloren. Dies ist gerade mal 1,5 Prozent der totalen Nutzfläche. Viel mehr Arbeitsplätze könnten jedoch realisiert werden, wenn die eigentlich für alle verbindlichen Flächenstandards für Büros eingehalten würden. Jeder Nutzer hat jedoch wieder eine eigene Begründung, weshalb seine Arbeitsplätze mehr Fläche brauchen. Die Gesundheitsdirektion argumentiert hier mit dem Datenschutz für Patientendaten. Damit werden unverhältnismässig viele Einzelbüros notwendig, die weit mehr Platz benötigen als die zusätzliche Dämmung. Ausserdem leistet die Dreifachverglasung neben den besseren thermischen Werten auch einen besseren Komfort und einen besseren Schallschutz.

Zu den Mehrkosten: Die Mehrkosten für das Upgrade von Minergie auf Minergie P entstehen vor allem durch die bessere Verglasung. Sie betragen insgesamt 380'000 Franken auf 11,5 Millionen Franken und somit circa 3,3 Prozent. Billiger ist ein Minergie-P-Projekt nicht zu haben. Aber es ist tatsächlich so, dass nur über die Energiekosten nach heutigen Preisen diese Mehrkosten nicht vollständig amortisiert werden können. Es ist jedoch zu bedenken, dass der Kanton bei einem analogen privaten Projekt etwa 150'000 Franken an den Minergie-P-Bau bezahlen würde. Könnte man diesen Förderbeitrag berücksichtigen, würde man ihn auch dem Kanton selbst bezahlen, wären die Mehrkosten für die Energiekosten definitiv amortisierbar.

Zum Thema Energie: Die aktuellen Ereignisse zeigen, dass die externen Kosten der Energie beachtlich sein können. Wenn die Energiewende tatsächlich stattfinden soll, muss nicht nur bei den erneuerbaren Energien investiert werden, sondern ganz besonders bei der Energieeffizienz. Und dafür muss heute bei den Neubauten angefangen werden. Denn diese stehen für die nächsten 50 Jahre unverändert da. Wir werden die heutigen Neubauten nicht in 20 Jahren sanieren können, dazu werden uns die Mittel fehlen.

Zusammenfassend möchte ich deshalb festhalten: Dieses Projekt ist für Minergie P prädestiniert. Minergie P ist hier einfach und kostengünstig umzusetzen und sehr sinnvoll. Wir fragen uns: Wenn dieser Bau nicht in Minergie P erstellt wird, welcher wird es dann sein? Aus diesen Gründen setzen wir uns dezidiert für den Antrag für Minergie P ECO ein und stimmen ihm zu. Falls dieser Antrag keine Mehrheit finden wird, werden wir das Projekt Ersatzneubau Stampfenbachstrasse konsequenterweise ablehnen.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Der vorliegende Objektkredit wird von der EDU inklusive Minderheitsantrag unterstützt. Die EDU entscheidet nach dem Grundsatz «Lieber weniger Sanierungen, diese Sanierungen aber richtig nach dem Stand der neusten Erkenntnis». Ich muss nach den katastrophalen Vorkommnissen in Japan wohl niemandem sagen, wie knapp und entsprechend teuer in Zukunft Energie werden wird. Zusätzlich hat der Kanton bei diesem Bau die Möglichkeit, für wenig Geld – nur 3 Prozent der Bausumme – eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Dieser Neubau wird Modellcharakter für weitere Bauten des Kantons haben.

In der Antwort zum Geschäft 4707 erläutert der Regierungsrat, in Zukunft geeignete Neubauvorhaben im Minergie-P-Standard zu planen und zu bauen. Und dies ohne Verankerung in neue Baustandards. Wir nehmen Sie, Baudirektor Markus Kägi, beim Wort und erwarten in Zukunft bei ökonomisch und ökologisch sinnvollen Projekten Minergie-P-Standard. Das Projekt Stampfenbachstrasse ist ein geeignetes Projekt für Minergie P, denn der Bau hat mit seiner Würfelform ein sehr gutes Oberflächen-Volumen-Verhältnis. Minergie P kann daher mit kleinerem Aufwand erreicht werden, als in manchen anderen Projekten.

Umso erfreulicher ist es nun, zu hören, dass aus dem Minderheitsantrag ein Mehrheitsantrag wurde. Wir freuen uns also jetzt schon, zu-

sammen mit dem stolzen Baudirektor diesen zukunftsvisionären Bau einzuweihen. Ich fordere deshalb auch noch die verbleibenden Minergie-P-Skeptiker auf, den Minderheitsantrag zu überweisen. Danke.

Stefan Krebs (SVP, Pfäffikon): Vieles ist bereits gesagt worden und die einzelnen Standpunkte sind eigentlich klar und ausgetauscht. Dennoch möchte ich den Minderheitsantrag, dessen Ziel und das Schwenken einiger Fraktionen hinterfragen. So möchte man also dieses Projekt anstelle eines Minergie-ECO-Standards mit Mehrkosten von 340'000 Franken in Minergie P ECO realisiert haben. Dies im Wissen darum – alles schon gesagt –, dass dies vor allem die Gebäudehülle, also die Dämmung des Gebäudes trifft. Aber gerade diese ökologisch-energetische Wirtschaftlichkeit muss hinterfragt werden; dies unter verschiedenen Gesichtspunkten, der Kommissionspräsident Thomas Hardegger hat es erwähnt, wie der Entwicklung der Energiepreise, der Nutzungsdauer des Objektes und nicht zuletzt der Lebenserwartung der Bauteile, in diesem Fall der Dämmung.

Der Antrag für die Kreditaufstockung ist für mich umso überraschender, als das vorliegende, in allen Gesichtspunkten optimierte Projekt den Wert von Minergie P ECO nur um Haaresbreite verfehlt. Aber eben nur um Haaresbreite aus Sicht der Antragsteller des Minderheitsantrags. Man will nun mit finanziellem Einsatz das Label erreichen, was aber in keiner Weise in einem Verhältnis steht. Das vorliegende Projekt erreicht einen errechneten Wert von 26 Kilowattstunden pro Jahr und Quadratmeter, also genau eine Kilowattstunde pro Jahr und Quadratmeter über dem Zielwert von Minergie P ECO. Mit 340'000 Franken könnte man, aus dem ökologischen Standpunkt betrachtet, viel mehr bewirken als nur die Verbesserung einer Baute um eine Kilowattstunde pro Jahr und Quadratmeter. Der Umgang mit den Ressourcen soll und muss zielgerichtet erfolgen und dort ansetzen, wo die grösste Wirkung erzielt werden kann. Dies gilt auch für den Einsatz der damit verbundenen finanziellen Mittel. Wenn man im Weiteren bedenkt, dass mit der Erhöhung oder eben auch der Senkung der Raumtemperatur in einem Bauwerk, ausgehend von rund 20 Grad Celsius jeweils pro Grad 7 Prozent Energie eingespart werden könnte, kann man sich wirklich fragen, was das Ganze hier soll.

Und nur um des Labels willen werden wir von der SVP-Fraktion aus gesamtökologisch-ökonomischen Gründen diese Aufstockung des Kredites nie und nimmer unterstützen. Unter Berücksichtigung des

zielgerichteten finanziellen Einsatzes für wirklich energetisch sinnvolles Bauen, hoffe ich, werden Sie trotz allem dasselbe tun; dies vor allem an die Adresse der FDP, der EVP, der EDU, aber auch der GLP und Teile der CVP. Danke vielmals.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ich wollte an sich nicht nochmals sprechen, aber jetzt muss ich doch Stefan Krebs noch kurz entgegnen und noch ein paar andere Sachen gleich anhängen.

Erstens zur Flächendiskussion. Was vergessen geht, ist, dass wenn man das auch ökonomisch betrachten würde, die 40 Quadratmeter, die man quasi verliert: Mit Minergie P ist der Marktpreis für diese Fläche, für diese vielen Flächen natürlich einiges höher. Also auch ökonomisch würde sich das sofort rechnen. Minergie P – und da möchte ich etwas klarstellen, was Markus Schaaf gesagt hat – sei etwas für einen innovativen Bauherrn. Es freut mich, dass ich offenbar ein innovativer Bauherr bin. Es ist aber nichts, was für Tüftler wäre. Minergie P ist Stand der Technik, einer Technik, die gut entwickelt ist, aber es ist nicht etwas, an dem man noch rumschraubeln müsste und versuchen müsste, irgendwie reinzukommen. Ein guter Planer macht Ihnen das problemlos. Dieser Standard wird logischerweise und hoffentlich weiterentwickelt. Das Ziel muss ja sein, dass wir letztlich einen Gebäudepark haben werden, der CO₂-neutral funktioniert, der ohne externe Energie auskommt. Und dass wir auf diesem Weg uns weiterentwickeln, das ist gut so. Und das darf sicher nicht dazu führen, dass wir diese Schritte nicht machen, weil wir sagen «Ja, wir wissen ja den nächsten noch nicht genau und den übernächsten auch nicht», sondern wir müssen den Weg einfach gehen.

Bezüglich der energetischen Situation noch Folgendes: Wenn schon, müsste man ja die energetische Rückzahldauer berechnen. Und diese Berechnung würde zweifellos ergeben, dass die investierte graue Energie in der Lebensdauer der Fassade längstens – längstens – wieder reingeholt wird.

Und zuletzt noch zur Energiekennzahl. Da hat Stefan Krebs etwas übersehen. Es ist richtig, die Differenz zwischen der Energiekennzahl des Minergie-ECO-Projektes und der Vorgabe von Minergie P ist gerade mal eine Kilowattstunde pro Quadratmeter, das ist richtig. Aber Minergie P hat Vorschriften über die Gebäudehülle, die besser werden muss. Und wenn wir das nach Minergie P realisieren, dann holen wir

nicht nur eine Kilowattstunde pro Quadratmeter raus, sondern es sind irgendwie fünf bis zehn Kilowattstunden pro Quadratmeter; ich habe es jetzt in der Eile in den Unterlagen nicht gefunden. Aber es ist jedenfalls wesentlich mehr, was wir an Energieeinsparung rausholen, es ist nicht nur der eine Punkt. Wir sind jetzt etwas in den Details, ich bin mir dessen bewusst, aber ich musste das nochmals klarstellen.

Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben): Es ist fast unglaublich, was hier heute in diesem Saal abgeht. Wir sprechen von Mehrkosten von 340'000 Franken für eine völlig unbedeutende Energieersparnis. Oder anders herum, es ist schon gesagt worden: Viel Geld, wenig bis kein Nutzen. Oder für diese 340'000 Franken könnten wir andernorts ein Mehrfaches an Energiesparnutzen herausholen. In der Kommission wurde uns gesagt, dass sich der Minergie-P-Standard in 60 Jahren bezahlt machen würde, in 60 Jahren oder vielleicht noch später. Eigenartig – bei den anderen Parteien wundert mich nicht viel, wobei ich ausdrücklich die Haltung, das Rückgrat der CVP anerkennen muss –, eigenartig ist hier einmal mehr die Haltung oder Nichthaltung der FDP. Alle Fachleute haben uns versichert, dass der Minergie-P-Standard hier völlig unwirtschaftlich, ja unsinnig ist. Die FDP hat daher in der Kommission für Planung und Bau den Minergie-Standard abgelehnt. Nun lässt sich die FDP ohne ökologischen und ökonomischen Sinn von einigen Verfechtern des privaten Minergie-P-Labels über den Tisch ziehen. Anzumerken ist noch, dass die FDP zu Recht das Minergie-P-Label hinterfragt, weil sie sagt, es sei nicht das Gelbe vom Ei. Nun, mit diesem opportunistischen Getue, unter diesen Umständen wirft die FDP auch noch die letzten Prinzipien über den Haufen. Meine Frage: Wo ist die einst so stolze Zürcher FDP geblieben?

Carmen Walker Späh (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Nein, die Wahlen sind ja vorbei, lieber Hans-Heinrich Heusser, also wir haben nichts mehr zu verlieren. Wir denken, wir sind tatsächlich der Meinung, dass der Kanton jetzt ein Zeichen setzen sollte. Wir haben schon bei vielen Geschäften immer gesagt: Es ist richtig, wenn der Kanton baut, dass er dann die Vorbildfunktion übernimmt. Ich muss sagen, wer heute glaubt, er könne eine andere Haltung einnehmen und ein bisschen weniger machen, als man müsste, der hat nicht begriffen, was in Japan passiert ist, es tut mir sehr leid. Und wann sollte man das machen, wenn nicht bei einem Neubau? Es gibt überhaupt keinen

Grund, wenn der Kanton völlig neu baut, dass er dann nicht das Beste aus der Situation macht. Basta. Vielen Dank.

Regierungsrat Markus Kägi: Es sind tatsächlich monetäre Überlegungen gewesen, die das Resultat hervorgebracht haben. Aus wirtschaftlichen Überlegungen ist die Ausführung nach Minergie ECO gegenüber Minergie P ECO wirtschaftlicher. Und die Vorteile bei der Abwägung haben die Nachteile nicht aufgewogen. Nochmals: Die 45 Quadratmeter – Martin Geilinger sagt «40 Quadratmeter», es sind 45 Quadratmeter – sind drei Arbeitsplätze, die wir für das dort unterbringen. Dann die jährlichen rund 17'400 Franken grösseren Flächenbeiträge und der um 340'000 Franken tiefere Investitionsbetrag – er wurde mehrmals auch erwähnt – haben dann zu diesem Ergebnis geführt.

Markus Schaaf, Sie haben gefragt, in welcher Liga wir spielen wollen. Ich denke, der Kanton, wenn er baut, baut gut, sehr gut, und er kann auch vorzüglich bauen. Es gibt immer eine Abwägung. Ich möchte nur das Tierspital erwähnen: Es ist eines der wenigen Gebäude, bei dem alles aus Recyclingbeton gemacht wurde. Das haben wir dort gemacht, das ist auch vorbildlich. Zum Stichwort Urban Mining (*Bergbau im städtischen Bereich bzw. Stadtschürfung*), möchte ich Ihnen noch sagen, wir sind auf dem Weg dazu, aber um in einer Liga zu spielen, brauchen Sie eine gute Mannschaft, Sie brauchen einen guten Trainer und Sie brauchen auch die nötigen Finanzen. Und wenn Sie das Geld grosszügig spenden, dann alleweil gerne, aber wir haben auch einen Auftrag von der Finanzdirektion her, den wir natürlich auch erfüllen müssen.

Ich möchte Sie bitten, einfach diesen Antrag der Regierung zu unterstützen und den Minderheitsantrag abzulehnen. Ich danke Ihnen.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein Antrag auf Nichteintreten gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Martin Geilinger, Michèle Bättig, Thomas Hardegger, Françoise Okopnik, Monika Spring, Eva Torp:

I. Für den Ersatzneubau der Liegenschaft Stampfenbachstrasse 28/30 in Zürich im Minergie P ECO-Standard wird ein Objektkredit von Fr. 11'485'000 zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8700, Immobilienamt, bewilligt.

Der Kreditbetrag erhöht oder ermässigt sich entsprechend der Baukostenentwicklung zwischen dem Kostenvoranschlag (Preisbasis 22. Oktober 2010) und der Bauausführung.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Minderheitsantrag mit 94 : 68 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Ratspräsident Gerhard Fischer: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 56 Stimmen (bei 1 Enthaltung), dem Antrag und somit der Erhöhung des Kredites auf 11'485'000 Franken zuzustimmen. Das erforderliche Quorum ist somit erreicht worden.

II., III. und IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Begrüssung von Christine Küderli als neue Weibelin des Kantonsrates

Ratspräsident Gerhard Fischer: Nun bitte ich Sie noch um einen kurzen Moment der Aufmerksamkeit. Heute Morgen hat Christine Küderli ihre Tätigkeit als Weibelin aufgenommen. Als neues Mitglied unseres von Peter Sturzenegger angeführten Weibelteams wird sie fortan unsere Ratssitzungen kraftvoll unterstützen.

Christine Küderli wohnt mit ihrer vierköpfigen Familie in Rafz und war bisher als Pflegefachfrau und Arztsekretärin tätig.

Ich freue mich, Christine Küderli auch offiziell im erweiterten Kreis unseres Parlaments willkommen zu heissen. Für ihr Wirken in diesem Haus wünsche ich ihr Erfolg und Befriedigung sowie viele bereichernde Begegnungen. Besten Dank. (*Applaus*)

Schluss der Sitzung: 12.25 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 4. April 2011

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am
18. April 2011.